



VERWALTUNGSZEITUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Organ des Verbands
der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.
Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart

E 4207 F

Nummer 1

Februar 2005

33. Jahrgang



Heidenheim - eine Stadt mit Kultur



Absender:

An die
Geschäftsstelle des
Verbandes der Verwaltungsbeamten
In Baden-Württemberg e.V.
Panoramastr. 27

70174 Stuttgart

geworben von:

.....
.....
.....

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum

Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V. in Stuttgart

Name, Vorname:

Amtsbezeichnung und Dienststelle:

Wohnort und Landkreis:

Straße:

E-Mail-Adresse:

Geburtsdag:

Eintritt in den Verwaltungsdienst am:

bei:

Jahr der Staatsprüfung:

Bankverbindung und Bankleitzahl:

Ich bin mit der Abbuchung des Mitgliedsbeitrags einverstanden: ja / nein

Der Veröffentlichung meines Beitritts in der Verwaltungszeitung stimme ich zu: ja / nein

Der Verband der Verwaltungsbeamten ist kooperatives Mitglied des Beamtenbundes Baden-Württemberg. Dadurch werde ich mittelbar auch dessen Mitglied.

Ort und Datum

Unterschrift

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2005 ist nun nahezu zwei Monate alt. Was wird es uns wirtschaftlich und politisch bringen? Wirtschaftlich war das letzte Jahr in Deutschland eines der schwierigsten in der Nachkriegszeit. Zwar zieht die Weltkonjunktur wieder an, aber bundesweit hat die Zahl der Erwerbslosen im Februar mit über 5 Millionen den bisherigen Höchststand erreicht. Langsam wächst die Hoffnung auf eine spürbare Erholung der Wirtschaft. Experten warnen jedoch vor verfrühtem Optimismus, weil die Binnenfrage nicht anspricht. Dazu zählen der schwache private Konsum und die hohen Energiekosten. Die verfügbaren Einkommen stagnieren, die hohen Benzinpreise (eine angemessene Erhöhung des Kilometergeldes von 30 Cent ist mehr als überfällig!), die Erhöhungen bei Strom und Gas und vor allem die Gesundheitsreform belasten uns alle. Zu viele Risiken bedrohen das zarte Pflänzchen "Aufschwung". Wir Beamte haben in den vergangenen 30 Jahren reale Einkommenszuwächse von gerade mal 12 %, die Beschäftigten der Privatwirtschaft dagegen jedoch von über 40 % erzielen können. Wenn Eichel und Stratthaus den Beschäftigten im öffentlichen Dienst (wieder einmal) Nullrunden auferlegen wollen, sollten sie diese Zusammenhänge bedenken.

Auf der Basis des Dreiklangs "Einkommenssicherung - Arbeitsplatzsicherung - Zukunftssicherung" hat die dbb tarifunion ihre Forderungen zur Tarifrunde 2005 formuliert und sich dafür ausgesprochen, die Neugestaltung des Tarifrechts und die Tarifrunde 2005 materiell zusammenzufassen. Der dbb verzichtet gleichzeitig erstmals auf die Festlegung einer linearen Tarifforderung. Derzeit steht viel auf dem Spiel und viel zur Disposition. Kluge Verhandlungen auf allen Ebenen sind gefordert.

Schily, Stoiber, Müntefering, Wowereit hatten uns im letzten halben Jahr mehr als auf Trab gehalten. Wir erleben momentan massivste Angriffe auf das (bislang verfassungsrechtlich noch abgesicherte) Berufsbeamtentum. Durch das (vorläufige) Scheitern der Föderalismuskommission konnten wir zumindest eine Verschnaufpause erreichen. Die Spitze unserer Dachorganisation dbb in Berlin rechnet jedoch fest damit, dass die Reform des Beamtenrechts, mit der u. a. eine "leistungsbezogene Besoldung" kommen soll, noch in diesem Jahr beschlossen wird.

Mit neuem Vorstand ist der Verband gerüstet. Am 30. November 2004 "konstituierte" sich der neue Vorstandsvorstand und nahm erste Weichenstellungen vor. So wurden zu acht zentralen Themenfeldern Arbeitskreise eingesetzt, zu deren Mitarbeit wir Sie herzlich einladen. Die Verbandsarbeit darf nicht nur auf den Schultern unserer Vorstandsmitglieder getragen werden.

Baden-Württemberg hat die größten Schwierigkeiten, einen (gerade noch) verfassungskonformen Haushalt für die nächsten beiden Jahre aufzustellen. Danach wird es auch nicht einfacher. Die zum 1. Januar 2005 beschlossene Verwaltungsreform wird planmäßig umgesetzt. Ob die bis 2012 zu erwirtschaftende Effizienzrendite auch tatsächlich erbracht wird, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus ist die Landespolitik jedoch nach wie vor bis Ende April weiter gelähmt. Politische Spitzengespräche konnte der im September gewählte Vorstandsvorstand nur auf "Sparflamme" führen, da (erst) Ende April die politischen Spitzenpositionen im Land neu besetzt sein werden. Der Beamtenbund und seine Mitgliedsverbände werden sowohl auf Bundes- wie auf Länderebene mit Nachdruck Plänen entgegenzutreten, die bislang bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung zu zerschlagen. Wir brauchen keine Kirchturmpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in einer Zeit, in der Europa zusammenwächst, sich Kontinente und Staaten unterschiedlichster Gesellschaftsordnungen immer stärker verflechten.

Die gegenwärtigen politischen Diskussionen sowohl um das Beamtenrecht als auch um das Tarifrecht verdeutlichen eines ganz klar: Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst - wir alle sitzen in einem Boot. Der Dreiklang Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sich bewährt. Realität ist jedoch, was den Beamten auf gesetzgeberischem Wege relativ einfach "aufs Auge gedrückt" werden kann, wird Arbeitern und Angestellten bei den Tarifverhandlungen zwar in etwas anderer Verpackung, aber mit ähnlichem Inhalt serviert. Was im Tarifrecht die öffentlichen Arbeitgeber durchsetzen können, wird nicht ohne Änderungen im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis der Beamten bleiben. Daher werden die Beschäftigtengruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes noch enger zusammenrücken müssen.

Viele Delegierte haben dies bei unserer Verbandsversammlung im September bereits zum Ausdruck gebracht. Ich selbst habe es in meiner Vorstellungs-



rede deutlich angesprochen. Wir müssen im eigenen Verband gleichfalls darüber diskutieren, wie wir diesen neuen Herausforderungen erfolgreich begegnen. Es stellt sich ernsthaft die Frage, in welcher Form wir unsere Mitgliederbasis erweitern können. Dazu zählt in erster Linie eine verstärkte Mitgliederwerbung unter den Kolleginnen und Kollegen, die bislang noch nicht organisiert sind. Darüber hinaus wird es aber ein Gebot der Stunde sein, dass wir uns in absehbarer Zeit dem Tarifbereich nicht verschließen dürfen. Außerdem werden wir uns Gesprächen über Fusionen und Kooperationen mit befreundeten Verbänden nicht entziehen können, wenn wir unsere Schlagkraft nicht beeinträchtigen wollen. Nur gemeinsam sind wir stark.

Gegenüber der Politik können wir unsere Forderungen und berechtigten Anliegen künftig nur wirksam durchsetzen, wenn wir möglichst gemeinsam agieren (nicht nur reagieren) und wenn eine möglichst große Zahl an Mitgliedern hinter uns steht. Umfassende Diskussionen und Gespräche in unseren Kreisverbänden werden zu führen sein. Hierzu laden wir Sie ein. Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir setzen auf die aktive Unterstützung jedes Einzelnen von Ihnen.

Mit kollegialen Grüßen

Wolfgang Steng
Verbandsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Zum Titelbild

Kunstmuseum (ehemaliges Volksbad im Jugendstil) und Szene aus Aida (Opernfestspiele)

Berufspolitische Rundschau

Sieben Fakten zum Berufsbeamtentum
Arbeitskreise im Verband gebildet
Der stellv. Vorsitzende Hans Reibold hat das Wort
Scheitern der Föderalismuskommission
Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung in Bad Kissingen
Gegen Beamtenbesoldungsregelung durch Länder

Das Interview

Interview mit Birgit Baumann, OB-Referentin, Heidenheim

Wir im Spiegel der Presse

Das Porträt

Heidenheim - eine Stadt mit Kultur

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng zum Antrittsbesuch
Bürgermeister - eine Alternative

Fachhochschule Ludwigsburg

Studierende des Wahlpflichtfachs Familienrecht besuchen
Weraheim
Diplomarbeitsthemen ausgegeben
270 Studierende wählten ihre Wahlpflichtfächer
Führungskräfte zwischen Verwaltungspflichten
und Menschsein

VdV-Jugend

DVG-Jugendsitzung in Baden-Württemberg

Umschau im Land

Kreisverband Alb-Donau-Kreis
Kreisverband Göppingen
Kreisverband Rottweil
Kreisverband Stuttgart
Kreisverband Tübingen

Personalia

75. Geburtstag von Alfred Fetzer
Albert Krämer feierte 80. Geburtstag
Roland Löhle erhält die Staufer-Medaille
Zum Tode von Werner Martin
Josef Mayer verstorben
Gerd Motzkus neues Mitglied
Hans Georg Müller wird Ehrenbürger in Korb
Theodor Ott ist tot
Wir trauern um Erwin Zepf

Namen

Seminare

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage für Abonnementwerbung für die Zeitschrift "Der Reden-Berater", Bonn, bei (Postvertriebskennzeichen G 7929).

Der Vorstand des Verbandes

Verbandsvorsitzender:

Wolfgang Steng, Erster Beigeordneter, 70839 Gerlingen

Stellvertretender Verbandsvorsitzender:

Jochen Müller, Bürgermeister, 71404 Korb

Stellvertretender Verbandsvorsitzender:

Hans Reibold, Regierungsdirektor, 72072 Tübingen

Weitere Mitglieder:

Birgit Baumann, Stadtamtsrätin, 89518 Heidenheim

Heidrun Evelyn Bay, Kreisobersekretärin, 72639 Neuffen

Peter Dombrowsky, Landrat, 72250 Freudenstadt

Roger Kehle, Bürgermeister, 73249 Wernau

10 Alfred Maucher, Stadtoberamtsrat, 88339 Bad Waldsee

Margot Thoma, Regierungsamtsfrau, 76337 Waldbronn

12 Eberhard Ziegler, Professor, 70825 Korntal

Verbandsjugendleiterin:

Michaela Specht, Stadtinspektorin, 71665 Vaihingen/Enz

Bezirksvorsitzende:

Bezirksvorsitzender Freiburg:

Klaus Nunn, Stadtoberverwaltungsrat, 79312 Emmendingen

Stellvertreter:

16 Axel Goßner, Kreisverwaltungsleiter, 78467 Konstanz

16 Bezirksvorsitzender Karlsruhe:

Emil Imhof, Kreisoberamtsrat a. D., 76646 Bruchsal

17 Stellvertreter: Harald Brenkert, Kreisamtsrat, 74867 Neunkirchen

Bezirksvorsitzender Stuttgart:

18 Peter Launer, Stadtverwaltungsleiter, 70188 Stuttgart

Stellvertreter: Eberhard Strayle, Oberamtsrat, 70839 Gerlingen

19 Bezirksvorsitzender Tübingen:

19 Rudolf Forcher, Bürgermeister a. D., 88339 Bad Waldsee

19 Stellvertreter: Peter Allgaier, Bürgermeister a. D., 88682 Salem

21

Vertreter der Fachhochschulen (beratend)

Für Kehl: Alexander Bourke, 88682 Salem-Beuren

Für Ludwigsburg: Ralf Zimmermann, 71720 Oberstenfeld

IMPRESSUM:

Verwaltungszeitung Baden-Württemberg: Organ des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V.

Herausgeber und Verlag: Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27, Telefon: 0711 2263262, Telefax: 0711 2263280, E-Mail: info@vdv-bw.org, Internet: www.vdv-bw.org.

Redaktion: Harald Gentsch (verantwortlich), Sybille Schwartz, Achim Sekler, Klaus Warthon, Kai Zwanziger. Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Anzeigenverwaltung und Druck: Nussbaum Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG, Merklinger Straße 20, 71263 Weil der Stadt, Tel. 07033 525-0. Die Anzeigenverwaltung ist für Anzeigen und Hinweise im Anzeigenteil verantwortlich. **Manuskripte** werden erbeten an die Schriftleitung "Verwaltungszeitung Baden-Württemberg", 70174 Stuttgart, Panoramastraße 27.

Bezugspreis: jährlich 10 € netto + 7 % MwSt (für Verbandsmitglieder im Mitgliedsbeitrag inbegriffen). Preis des Einzelheftes 2 € netto.

Berufspolitische Rundschau

Sieben Fakten zum Berufsbeamtentum

Ist Deutschland krank, weil es sich Heerscharen von unkündbaren Staatsdienern leistet, die wenig arbeiten, die Bürger anmuffeln und Pfründe einstreichen? Nein, die Tatsachen sehen bei näherem Hinsehen doch wohl etwas anders aus als dieses Klischee.

1. Deutschland hat mit nur 12,5 % an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer extrem wenige Staatsdiener. In Dänemark und Schweden arbeitet ein Drittel der Arbeitnehmer beim Staat, in Großbritannien tun es 22 % und selbst in den USA zählt man 16 %. Unter den entwickelten OECD-Ländern liegen wir, was den Anteil der Staatsdiener betrifft, auf einem der letzten Plätze, vergleichbar mit Luxemburg und Japan. Dennoch arbeiten deutsche Behörden im internationalen Vergleich vorbildlich. Die Effizienz der deutschen Staatsdiener hält jedem internationalen Vergleich stand.
2. Nur etwa ein Drittel der Staatsdiener sind Beamte und Richter, die den vollen Kündigungsschutz genießen. Zwei Drittel sind Angestellte bzw. Arbeiter, die dem normalen Tarifrecht unterworfen sind. Der Kündigungsschutz vieler privat beschäftigter Arbeitnehmer ist heute fast so hoch wie jener der Beamten. Wer 15 Jahre beschäftigt war, ist kaum noch kündbar. Auch Beamter wird man nicht von heute auf morgen, sondern nach sehr langen Wartezeiten.
3. Beamte können nicht streiken und sind dem Staat gegenüber per Eid zur Treue verpflichtet. Sie können jederzeit an einen anderen Ort versetzt werden, wo sie gebraucht werden. Sie stellen eine immer verfügbare, verlässliche Basis des Staatswesens dar, die auch in schwierigsten Zeiten Stabilität garantiert. Richter und Polizisten sind zum Beispiel Beamte, weil sie unabhängig und unbestechlich sein müssen. Und früher waren es auch die Lokführer, Schrankenwärter oder Fluglotsen, weil man sicherstellen wollte, dass der Verkehr nicht durch Streiks lahm gelegt werden kann.
4. Staatsdiener arbeiten mehr. Die tarifliche Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst liegt mit durchschnittlich 1.708 Stunden pro Jahr um 3,5 % über dem Durchschnitt der in der Privatwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer, wo 1.649 Stunden pro Jahr gearbeitet werden. Beamte arbeiten sogar bis zu 12 % länger als die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft.
5. Die Bruttolöhne und -gehälter der Staatsbediensteten lagen Mitte 2003 trotz der

längeren Arbeitszeiten im Durchschnitt um 5,5 % unter den entsprechenden Werten der privaten Wirtschaft, obwohl Staatsbedienstete im Durchschnitt über eine höhere Qualifikation als privat beschäftigte Arbeitnehmer verfügen müssen.

6. Dass Beamte begünstigt sind, weil sie keine Sozialabgaben zahlen, ist ein Märchen. Da der Staat seit jeher mit der Privatwirtschaft konkurrieren musste, sind bei gleichen Qualifikationsstufen die Netto- und nicht etwa die Bruttogehälter der Beamten mit den Gehältern der Privatwirtschaft vergleichbar. Was andere an Sozialabgaben zahlen, wird den Beamten von vornherein nicht als Gehalt zugebilligt.
7. Die Beamtengehälter stiegen zumindest im gehobenen Dienst viel langsamer als die Gehälter in der Privatwirtschaft. In den 30 Jahren von 1970 bis 2000 stiegen die Bruttomonatsverdienste der hoch qualifizierten Angestellten im privaten Sektor um durchschnittlich 330 %, doch die Gehälter der Beamten des gehobenen Dienstes stiegen durchschnittlich nur um 190 %. Der Stundenlohn eines Industriearbeiters stieg in der gleichen Zeit um 350 % und der Sozialhilfesatz nahm um 450 % zu.

Quelle: IFO Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Stand 11. Oktober 2004

Arbeitskreise im Verband gebildet

In seiner letzten Sitzung hat der Verbandsvorstand beschlossen, nachstehende Arbeitskreise zu bilden, die im Einzelfall mit klar abgesteckten Aufgaben bzw. Zielrichtungen tätig werden sollen.

Als Sprecher bzw. Sprecherinnen wurden zunächst die nachstehenden Kolleginnen und Kollegen festgelegt.

Kolleginnen und Kollegen, die Interesse haben, in einem Arbeitskreis mitzuarbeiten, werden gebeten, sich mit Kollegen Harald Gentsch in der Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

1. Arbeitskreis

Ausbildung und Zukunftsperspektiven für den gehobenen Dienst
Sprecher: Jochen Müller

2. Arbeitskreis

Personalrätearbeit/
Landespersonalvertretungsgesetz
Sprecher: Hans Reibold

3. Arbeitskreis

Zukunftsperspektiven für den mittleren Dienst
Sprecherin: Heidrun Bay

4. Arbeitskreis

Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht
Sprecher: Rudolf Forcher

5. Arbeitskreis

Finanz- und Beitragsfragen
Sprecher: Harald Gentsch

6. Arbeitskreis

Öffentlichkeitsarbeit (Verwaltungszeitung)
Sprecherin: Birgit Baumann

7. Arbeitskreis

Organisation/EDV/Strukturfragen
Sprecher: Harald Gentsch

Der stellvertretende Vorsitzende Hans Reibold hat das Wort



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vertreterversammlung im September 2004 hat mich zu einem der Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden Wolfgang Steng gewählt. Ich danke den Delegierten für das Vertrauen.

Nach der Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst hat mich mein Berufsweg im Regierungspräsidium Tübingen mit den verschiedensten Aufgaben durch zahlreiche Abteilungen und Referate geführt. Nach einigen Jahren als Leiter des Haushaltsreferats und dann des Organisationsreferats wurde ich vor zwei Jahren zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrats beim Innenministerium gewählt und bin dazu teilweise freigestellt. Da ich mich schon seit vielen Jahren als Personalrat in verschiedenen Gremien für die Belange der Beschäftigten engagiere, habe ich diese Aufgabe gerne angenommen.

Den Verband der Verwaltungsbeamten unterstütze ich als Kreisvorsitzender in Tübingen und nun auch als Vorstandsmitglied. Es ist mir ein Anliegen, auch die Belange der Kolleginnen und Kollegen in den staatlichen

Dienststellen auf der verbandspolitischen Ebene einzubringen. Dazu bitte ich alle Mitglieder, die Arbeit der Verbandsleitung und der Geschäftsstelle zu unterstützen. Dies kann in vielfältiger Weise geschehen. Durch Informationen, durch Werbung für die Mitgliedschaft im Verband oder durch die Bereitschaft, bei den Personalratwahlen Ende 2005 auf einer Liste des Beamtenbundes selbst zu kandidieren.

Starke Berufsverbände und starke Personalvertretungen sind heute wichtiger denn je. Im politischen Raum wird in jüngster Zeit zunehmend die Forderung erhoben, zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland müsse die Mitbestimmung und damit auch die Rechte der Personalvertretungen eingeschränkt werden. Diese Akteure verkennen, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten gerade wegen der gesetzlich verankerten Mitbestimmung möglich war. Zahlreiche Wissenschaftler haben schon belegt, dass sich eine wirkungsvolle Vertretung der Beschäftigten auch rechnet. Durch die Einbeziehung der Beschäftigten identifizieren sich diese mit ihrer Firma/Verwaltung, die Motivation und damit auch die Effektivität steigen. Vor dem Hintergrund der aktuellen öffentlichen Diskussion um das Unwort des Jahres "Humankapital" ist darauf hinzuweisen, dass es ein wichtiger Grundwert unserer Gesellschaft ist, Menschen in die sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen und damit auch den Grundsatz der Menschenwürde zu respektieren. Bitte helfen Sie mit, den Bestrebungen zur Einschränkung der Mitbestimmungs- bzw. Personalvertretungsrechte entgegenzutreten! Konkrete Anfragen und Hinweise können Sie gerne über die Geschäftsstelle des Verbandes an mich weiterleiten.

Ihr
Hans Reibold

Scheitern der Föderalismuskommission

Wir hatten in der letzten Verwaltungszeitung das Eckpunktepapier "Neue Wege im öffentlichen Dienst" der dbb tarifunion vorgestellt und berichtet, dass die Realisierung maßgeblich auch vom Ergebnis der Beratungen der Föderalismuskommission abhängt. Dort standen für uns die Zeichen auf Sturm, da sich eine Mehrheit dafür abzeichnete, die entweder das Berufsbeamtentum ganz abschaffen oder die entscheidenden gesetzgeberischen Kompetenzen den Ländern übertragen wollte. Beides eine verheerende und unheilvolle Entwicklung, vor allen Dingen für unsere funktionierende öffentliche Verwaltung zum Wohle aller in Deutschland.

Nun ist die Föderalismuskommission ergebnislos zu Ende gegangen; völlig überraschend festgemacht an einer nicht möglichen Einigung im Bildungsbereich. Hier haben die Länder zusätzliche Kompetenzen

eingefordert, die der Bund nicht zu geben bereit war. Wir unterstellen, dass dies sicherlich ein objektiver Grund war, jedoch parteinterne und parteitaktische Überlegungen ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten. Wie dem auch sei, was bedeutet das Scheitern der Föderalismuskommission für uns Beamtinnen und Beamten, somit für unsere Mitglieder?

Erst einmal bleibt alles beim Alten. Dienstrecht, Besoldungsrecht und Versorgung bleiben in Bundeshand. Wie die jüngsten Gespräche der Landesleitung des Beamtenbundes Baden-Württemberg mit der SPD-Landesgruppe im Bundestag ergeben haben, wird der Bundesinnenminister Schily in Kürze das Gesetzgebungsverfahren zu einer Dienstrechtsreform in Gang setzen. Dabei wird das Eckpunktepapier "Neue Wege im öffentlichen Dienst" umgesetzt. Dieses hätte zur Konsequenz, dass mit Inkrafttreten dieses Konzeptes auf Bundesebene gleichzeitig alle Beamtinnen und Beamten des Landes Baden-Württemberg davon betroffen wären. Das bedeutet, dass mit großer Sorgfalt seitens unserer Interessenvertreter darauf geachtet werden muss, dass die Vorstellungen des dbb auch tatsächlich vollinhaltlich in Gesetzesform gebracht werden.

Zum anderen ist eine Grundgesetzänderung erst einmal vom Tisch - glücklicherweise! Ob nun in einem anderen Rahmen die bereits ausgehandelten Kompromisse der Föderalismuskommission wie die angestrebten Veränderungen noch einmal aufgegriffen werden, ist derzeit mehr als fraglich.

Indirekt sind mit dem Scheitern der Föderalismuskommission wegen der Fragen im Bildungsbereich die berufs- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen von uns, d.h. dem Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg, erfüllt, und wir haben zumindest eine Verschnaufpause im Kampf gegen die Abschaffung des Berufsbeamtentums erhalten.

Andererseits hat natürlich das Scheitern der Föderalismuskommission durchaus einen politischen Schaden angerichtet, dessen Auswirkungen noch nicht vollständig überblickt werden können und die ganz gewiss nicht die Verwaltung und ihre Beamtinnen und Beamten zu vertreten haben. Das Scheitern hat gezeigt, dass die politisch Handelnden nicht in der Lage sind, die die Verfassung tangierenden Beschlüsse und Veränderungen in Angriff zu nehmen bzw. sie zu lösen. Das Versagen an dieser Stelle wird mit Sicherheit nicht dazu führen, dass mehr Vertrauen in die politisch Handelnden und in die aktuelle Politik auf Bundes- und Landesebene entstehen kann. Unter diesem Blickwinkel ist das Scheitern der Föderalismuskommission ein Eingeständnis politischer Handlungsunfähigkeit und parteiinterner Auseinandersetzungen - und vor dem Hintergrund der so beliebten Stammtisch-Schelte auf Beamte dürfen wir es in der Konsequenz ausbaden.

Harald Gentsch, Verbandsgeschäftsführer

Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung in Bad Kissingen

Auf seiner 46. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung am 10. und 11. Januar 2005 in Bad Kissingen hat der dbb unter Beweis gestellt, dass er auf "Neuen Wegen im öffentlichen Dienst" zügig vorwärts geht. Der Bundesvorsitzende Peter Heesen machte dazu weitere Vorschläge und forderte die Bundesländer erneut zu konstruktiver Mitwirkung am Reformprozess auf. Ermutigung und Unterstützung kam aus der Politik. Bundesinnenminister Otto Schily forderte in Bad Kissingen eine zügige Umsetzung des Eckpunktepapiers. Auch Vertreter der Bundestagsfraktionen und Landespolitiker meldeten sich auf der Tagung zur Wort.

Der dbb beamtenbund und tarifunion bleibt auf Reformkurs. Zur Eröffnung der 46. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung am 10. Januar 2005 in Bad Kissingen appellierte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen an alle Bundesländer, "mit uns zusammen diese Reform zügig voranzutreiben und bis zum Ende des Jahres 2005 die parlamentarischen Entscheidungen zu treffen, damit die Reform im Jahr 2006 in Kraft treten kann".

Der öffentliche Dienst eigne sich "nicht als Spielwiese für Machtpolitik, in der man mal so, mal so und in 17 verschiedenen Fassungen der Beschäftigungsbedingungen nach Gutdünken der Haushaltslage gestalten kann", warnte Heesen. "Wer so denkt, der denkt provinzialistisch, der hat nicht die Ganzheitlichkeit des Staates im Blick." Wesentliche Eckpfeiler des öffentlichen Dienstrechts müssten daher auch künftig bundeseinheitlich geregelt werden.

Zum Scheitern der Föderalismuskommission sagte Heesen, er wisse nicht, ob es zu einer Neuauflage komme. "Aber ich weiß sicher, dass die Probleme, die wirklich zu lösen sind, über das bisher ausgehandelte Basar-Ergebnis keiner Lösung zugeführt werden." Heesen: "Ohne eine ehrliche Antwort auf die Frage nach der Länderstruktur wird der Föderalismus auf Dauer keine Chance haben."

Mit Blick auf die Tarifverhandlungen betonte der dbb-Chef, auch das Tarifrecht bedürfe einer strukturellen Reform. "Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der 'flexible Gleichklang', das heißt wirkungsgleiche Entwicklungen zwischen den Statusgruppen, sich im Grundsatz bewährt hat." Ratschläge von "Unberufenen" aus der Politik zu einer Nullrunde für den öffentlichen Dienst wies Heesen zurück. "Denn das gilt nicht nur in der Mathematik: Eine Null kann bestehende Schwierigkeiten verzehnfachen." Jeder verantwortliche Gewerkschafter wisse, "dass strukturelle Reformen zumindest für den Übergang Zusatzkosten verursachen, wenn nicht gegen das Prinzip des Vertrauensschutzes verstoßen werden soll. Das gilt z. B. auch für die Einführung einer Leistungsbezahlung".

Mit dem Eckpunktepapier "Neue Wege im öffentlichen Dienst", das der dbb gemeinsam mit ver.di und dem Bundesinnenministerium im Oktober 2004 auf den Weg gebracht hat, liege eine sehr gute Reform vor, die "zu einer umfassenden Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts führen wird", sagte Heesen.

In der Frage der Wochenarbeitszeit und der Einkommensentwicklung im Beamtenbereich mahnte Heesen zur Behutsamkeit. Anstelle linearer Forderungen sei es sinnvoller, "einige strukturelle Desiderate aufzuarbeiten". Dazu zähle die Korrektur der in den 90er Jahren extrem abgesenkten Anwärterbezüge, also der Ausbildungsbezahlungen für den Berufsnachwuchs. Dies müsse in diesem Jahr begonnen und in einem mehrjährigen Stufenplan ausgebaut werden, forderte Heesen. Ebenso wichtig sei es, die Möglichkeiten zum Aufstieg in Bereichen von Justiz und Polizei, Steuerverwaltung und technischem Dienst aufzustocken.

Der dbb-Bundesvorsitzende schlug Bundesinnenminister Otto Schily vor, in diesem Jahr die Gespräche mit dem Schwerpunkt "Versorgungsrecht" fortzusetzen, wie es in dem Eckpunktepapier vereinbart wurde. Dazu gehöre das schwierige Thema "Lebensarbeitszeit". Eine Möglichkeit, eine funktionsfähige öffentliche Dienstleistung aufrechtzuerhalten, könne die Ermöglichung einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit sein, sagte Heesen. Dafür müssten aber Anreize geschaffen werden. "Diese können in der Bezahlung liegen, aber auch in der Gestaltung des Erwerbs von Versorgungsansprüchen."

Zugleich warnte Heesen mit Blick auf die Beamtenversorgung vor Panik. Dafür bestehe "keinerlei Anlass". Er sei sicher, dass die Kostenentwicklung aufgrund der bislang vorgenommenen Kürzungsmaßnahmen bei der Versorgung deutlich niedriger ausfallen wird. Zudem stehe die wirkungsgleiche Übertragung der Maßnahmen des Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetzes auf die Beamtenversorgung bevor.

Heesen kündigte an, der dbb werde in Kürze ein "Forum Verwaltungsreform" einsetzen. Die Praktiker mit Kenntnissen der Verwaltungsstrukturen und Regelungsvorgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden sollten ein Konzept erarbeiten, das Lösungsvorschläge für die drängenden Probleme in diesem Bereich bündelt. "Mittelpunkt unserer Vorschläge wird der verantwortungsbewusste Beschäftigte sein", kündigte der dbb-Chef an. Heesen bat Schily um konkrete Mitarbeit an diesem Forum.

Leitspruch des Monats:

Es gibt Leute, die nur aus dem Grunde in jeder Suppe ein Haar finden, weil sie, wenn sie davor sitzen, so lange den Kopf schütteln, bis eins hineinfällt.

Friedrich Hebbel

Gegen Besoldungsregelung durch Länder

Kollege Wilfried Strohmaier hat sich an Finanzminister Stratthaus gewandt. Wir veröffentlichen nachstehend sein Schreiben an den Verband und an den Minister.

Schreiben an den Verband vom 22.12.2004

Sehr geehrter Herr Steng, sehr geehrte Damen und Herren, mit Interesse habe ich Ihren ersten Bericht in der Verbandszeitung gelesen. Ich meine: Sie haben die richtigen Worte gefunden und eine exakte Situationsbeschreibung gegeben.

Auch ich gehöre zu denen, die in den letzten Jahren - seit der Verweigerung der Altersteilzeit - von der Landesregierung bis zur Weißglut getrieben wurden. Ich habe mich nicht gescheut, dies auch gegenüber Abgeordneten, Ministern oder auch Herrn Ministerpräsident Teufel kundzutun.

Aktuell bin ich in einem Brief an Herrn Minister Stratthaus auf die Bestrebung der Länder eingegangen, verpackt in das anspruchsvolle und wichtige Thema Föderalismusreform kleinstaatliche Zuständigkeiten im Beamtenrecht zu erhalten.

Diesen Brief - Sie finden ihn in der Anlage - möchte ich nach dem Beamtenbund auch Ihnen zur Kenntnis geben.

*Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Strohmaier, Am Schalkenstein 3,
74399 Walheim*

Schreiben an Finanzminister Gerhard Stratthaus vom 13.12.2004

"Wir wollen die Beamtenbesoldung selbst regeln"

Sehr geehrter Herr Minister Stratthaus, der Bericht in der Stuttgarter Zeitung vom 9.12.2004 veranlasst mich zu diesem Brief an Sie.

Die Art und Weise, wie Sie die Treuepflicht der Beamten benutzen wollen und darin das Heil für den Landeshaushalt sehen, ist nicht mehr angemessen. Außerdem sollten Sie konkreter werden: Wie viel und wie lange wollen Sie bei den Beamten noch kürzen (wie immer wegen angespannter Haushaltslage)? Und wie lange noch werden Sie gleichzeitig bei den Diäten weiterhin erhöhen (wie immer wegen gestiegener Lebenshaltungskosten und allgemeiner Tarifentwicklung!)? Alle Beteiligten sollten eine Perspektive haben.

Die Beamtenbesoldung zum wichtigsten Ergebnis der Föderalismusreform hochzustilisieren, kann ich nur als absichtliche Verkenning des eigentlichen Anspruchs der Reform empfinden. Es geht um die Stärkung Deutschlands in Europa und der Welt. Also um eine Stärkung des Bundes. Möglicherweise ist dies mit einem Bedeutungsverlust der Länder verbunden. Dies ist zu erkennen und im Interesse Deutschlands hinzunehmen.

Oder habe ich da etwas falsch verstanden? Sagt doch dbb-Vorsitzender Heesen in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 10.12.2004 (www.dbb.de/htm/IS_780_DEU_Druckversion.html, sehr empfohlen):

Frage SZ: Warum sperren Sie sich eigentlich so dagegen, dass die Länder selbst über ihre Beamten bestimmen? Mehr Wettbewerb kann dem Föderalismus doch nicht schaden: Heesen: Weil wir dann ein heillooses Chaos bekämen. Dann gäbe es in Deutschland bis zu 17 dienstrechtliche Regelungen. Das beginnt bei der Bezahlung. Man muss kein Prophet sein, um zu ahnen, dass alle ostdeutschen Länder und auch die finanzschwächeren im West sehr bald schlechtere Bedingungen bieten würden als jene im Süden. Es wäre vor allem ein Wettbewerb im Sparen - auf Kosten der Beamten.

Kann ich daraus schließen, dass im Süden Deutschlands, also bei uns in Baden-Württemberg als dem gesündesten Bundesland, mit einer progressiven Besoldungspolitik zu rechnen ist? Passte dies doch zu Ihre Aussage (Stuttgarter Zeitung 9.12.): Landeshaushalte seien inzwischen vor allem Personalrats. "Wir müssen ..." siehe oben. Das heißt doch, wenn man als Dienstleister viel Personal benötigt, dann muss man auch vernünftige Arbeitsbedingungen bieten, um am Markt bestehen zu können.

Eine vernünftige Personalpolitik eines Großunternehmens "Bundesland" kann nicht an kurzfristigen fiskalischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Sie bedarf guter und langfristiger Pflege.

Der Deutsche Beamtenbund und der Beamtenbund Baden-Württemberg erhalten eine Mehrfertigung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Wilfried Strohmaier"

dbb-Dienstleistungszentrum

Für schnelle und kompetente Hilfe bei Rechtsauskünften im Zusammenhang mit der beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit unserer Mitglieder ist neben der Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten und dem BBW das dbb-Dienstleistungszentrum Süd-West erreichbar:

dbb-Dienstleistungszentrum Süd-West, Kaiserring 14-16, 68161 Mannheim, Tel. 0621 12621-0, Fax 0621 126129

Für eine persönliche Vorsprache im Dienstleistungszentrum in Mannheim ist vorherige Terminabsprache erforderlich. Sofern Sie Rechtsschutz beantragen wollen, richten Sie bitte Ihren schriftlichen Antrag nicht direkt an das Dienstleistungszentrum, sondern unter Beifügung der notwendigen Unterlagen an den Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e. V., Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart, der dann das Weitere veranlasst.

Das Interview

Interview mit OB-Referentin Birgit Baumann

Birgit Baumann ist eine der Powerfrauen unseres Berufsstandes. Geboren ist sie 1966 in Stuttgart, aufgewachsen in Leinzell/Ostalbkreis. 1989 legte sie die Staatsprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst an der FH Ludwigsburg ab. Danach begann sie ihre Karriere bei der Stadtverwaltung Wiesensteig, wurde nach fünf Jahren Pressesprecherin von Landrat Horst Lässig im Rems-Murr-Kreis. Seit 1999 arbeitet sie zunächst als Wirtschaftsbeauftragte und später als persönliche Referentin von Oberbürgermeister Bernhard Ilg und lebt für und in der Stadt Heidenheim. Mit großem Engagement zieht sie dabei immer wieder herausragende Projekte durch wie z.B. die anstehenden ersten Heidenheimer Gesundheitstage. Häufig verbindet sie dabei Berufliches und Privates zu einem einheitlichen Ziel und Werk, in dem sie sich als Teil eines funktionierenden Gesamtgefüges sieht. So stellt es für Birgit Baumann auch eine Selbstverständlichkeit dar, sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen und für den Berufsstand der Verwaltungsbeamten stark zu machen. Seit November 1999 ist sie Kreisvorsitzende des Kreises Heidenheim im Verband der Verwaltungsbeamten und seit 2000 darüber hinaus im Vorstand tätig. Seit dem Jahr 2001 arbeitet sie als stellvertretendes Mitglied im Landesausschuss für den gehobenen Verwaltungsdienst in der Geschäftsstelle des Innenministeriums mit.



VZ: Im Landratsamt Rems-Murr-Kreis waren Sie bereits Pressesprecherin von Landrat Lässig und in Heidenheim haben Sie als Wirtschaftsbeauftragte und Geschäftsführerin des Technologiezentrums angefangen. Im Mai 2003 hat Sie Oberbürgermeister Bernhard Ilg als persönliche Referentin geholt. Was beinhaltet dieser Aufgabenbereich und was reizt Sie an dieser Aufgabe?

Birgit Baumann: Die Stelle der persönlichen Referentin von Oberbürgermeister Ilg ist eine der interessantesten Tätigkeiten, die ich je gehabt habe. Sie ist vielseitig, kreativitätsfördernd und verantwortungsvoll.

Sie beinhaltet natürlich auch alltäglich wiederkehrende Aufgaben wie z. B. Schriftverkehr mit Ministerien, Sichtung des Posteingangs, Literaturlauslese für den Oberbürgermeister, Teilnahme an OB-Terminen, Bürgergespräche und vieles mehr. Darüber hinaus bin ich auch Stellvertreterin des Pressesprechers und des Wirtschaftsförderers. Diese Tätigkeiten nehmen jedoch nur einen untergeordneten Stellenwert ein. Der gewichtigere Teil - und das ist das, was mir am meisten Spaß macht - ist der Bereich, bei dem ich meiner Kreativität freien Lauf lassen kann. Ich verstehe mich als eine Art "Ideenschmiede" für den Oberbürgermeister. Er gibt die politische Richtung vor und entwickelt Visionen für die Stadt Heidenheim, und ich setze diese Visionen dann in konkreten Projekten um. Ein Beispiel hierfür sind die ersten Heidenheimer Gesundheitstage, die im Juni stattfinden werden. Außerdem bin ich eine der Diskussionspartner meines Chefs und kann dadurch in manchen Streitpunkten zu seiner Meinungsbildung beitragen oder im Vorfeld eventuelle Gegenargumente aufzeigen. Gerade für diesen Bereich meiner Stelle ist es notwendig, dass ich Verständnis und Kenntnisse von allen Fach- und Geschäftsbereichen der Verwaltung habe und politische Zusammenhänge erkennen kann. Darüber hinaus werde ich von manchen auch als Verbindung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Personal gesehen. Das macht mich jedoch zu einer Einzelkämpferin, da ich immer wieder bei Mitarbeitern und Verwaltungsspitze für die Sichtweise der jeweils anderen Position Verständnis wecke.

VZ: Auch für den Verband der Verwaltungsbeamten zeigen Sie großes Engagement. Seit November 1999 sind Sie Kreisvorsitzende des Kreises Heidenheim. Seit 2000 sind Sie Vorstandsmitglied im Verband der Verwaltungsbeamten und seit 2001 stellvertretendes Mitglied im Landesausschuss für den gehobenen Verwaltungsdienst. Was ist Ihre Motivation, sich für den Verband stark zu machen?

Birgit Baumann: Eigentlich bin ich kein klassischer Gewerkschaftler. Ich halte jedoch unseren Beruf für einen der interessantesten, den man haben kann. Grund dafür ist, dass jeder eine Tätigkeit finden kann, die seinen Neigungen und Talenten entspricht. Ich hatte dabei sicher ausgesprochenes Glück, obwohl es auch im Jahr 1989 (Jahr meiner Staatsprüfung) weniger Stellen als Bewerber gab. Ich war eine der letzten, die überhaupt eine Stelle bekam, weil ich sehr anspruchsvoll war. Ich wollte bestimmte Tätigkeiten einfach **nicht**

machen. Im Februar 1990 durfte ich dann als Hauptamtsleiterin in der Kleinstadt Wiesensteig anfangen (2.500 Einwohner). Die Gegend zahlte sich aus.

Die Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt halte ich nach wie vor als eine der zukunftsfähigsten für die Verwaltung, aber auch für kommunalnahe Bereiche der Wirtschaft - eben wegen der Generalistenbefähigung. Und je nach Neigung und Bereitschaft zu persönlichem Engagement können Sie sich zum absoluten Spezialisten und Fachmann/-frau eines Rechtsgebietes ausbilden oder Führungsfunktionen anstreben. Die Anforderungen an einen Diplom-Verwaltungswirt haben sich in den letzten 10 bis 15 Jahren völlig verändert (Flexibilität, Organisation, Reformen, Selbstverständnis einer Verwaltung). Daher sehe ich es als notwendig an, dass auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen modernisiert werden.

Ich schätze die Kolleginnen/Kollegen und ihren Sachverstand in den unterschiedlichsten Bereichen. Unser Berufsstand ist praxisorientiert und daher können wir auch wirklich etwas bewegen. Deswegen setze ich mich nach meinen Möglichkeiten auch für sie ein und wenn es nur darum geht, einen kompetenten Ansprechpartner zu vermitteln, der ihnen in einem speziellen Problem weiterhelfen kann. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es die Kollegen/-innen anerkennen, dass im Ernstfall eine da ist, die vermittelt. Auch wenn es die wenigsten tatsächlich in Anspruch nehmen.

VZ: Wo sehen Sie die wichtigsten Themenschwerpunkte in der Verbandsarbeit? Welches sind momentan die vorrangigen Aufgaben?

Birgit Baumann: Lobbyarbeit, Imagepflege, Öffentlichkeitsarbeit. Mir ist es wichtig, mittelfristig das Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken, dass man mit "denen auf dem Rathaus oder allgemein auf dem Amt was anfangen" kann. Wohl wissend, dass dies ein ehrgeiziges Ziel ist, weil wir es nie allein recht machen können und eine negative Erfahrung durch mindestens 15 positive ausgeglichen werden muss. Aber es macht mir Spaß, immer wieder Kritiker durch Flexibilität, Sachkenntnis, gute Argumentation und Begeisterungsfähigkeit zu verblüffen und ihr vorgefertigtes Bild von den Beamten ins Wanken zu bringen. Wir müssen lernen, uns besser darzustellen, "Gutes tun und darüber reden". Dann gewinnen wir qualifizierten Nachwuchs und müssen nicht zunehmend interessante Tätigkeiten an ausbildungsfremde Bewerber abgeben. Dazu gehört es, manche Kollegen/-innen in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken und anderen bei Problemen weiterzuhelfen. Bedauernd ist, dass immer erst dann festgestellt wird, was wir leisten, wenn wir nicht da sind oder etwas nicht so funktioniert, wie man es sich vorstellt.

Wenn die Lobby der Beamten besser wäre, dann würden auch die Politiker den Beamten

nicht ständig weitere Belastungen auferlegen. Der Streit um zu teure Beamte, Verdienst, Pensionen usw. wird immer bleiben, weil sich die wenigsten Menschen mit Fakten befassen und es eben bequemer ist, Stammtischgeschwätz zu wiederholen als sich eine eigene Meinung zu bilden. Deshalb bleiben die Themen Lobbyarbeit, Imagepflege und Öffentlichkeitsarbeit eine Daueraufgabe und sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Standespolitik.

VZ: Frau Baumann, Sie sind meine erste weibliche Interviewpartnerin. Das kommt sicherlich daher, dass Frauen in der Führungsebene nach wie vor seltener vertreten sind als Männer. Wie sieht es aus mit der Frauenempower in der öffentlichen Verwaltung? Haben es Frauen Ihrer Meinung nach schwerer?

Birgit Baumann: Diese Frage muss ich sehr differenziert beantworten. In meinen bislang 15 Jahren bei drei verschiedenen Dienstherren und vier unterschiedlichen Aufgabenfeldern habe ich die Erfahrung gemacht, dass Frauen im Vergleich mit Männern um einige mehr leisten müssen, um die gleiche Anerkennung sowohl unter Kollegen/-innen als auch beim Vorgesetzten oder bei der Bevölkerung zu erhalten. An Frauen hat man unbewusst eine höhere Erwartungshaltung bzw. man beäugt und beobachtet sie von vorneherein viel kritischer nach dem Motto "kann die das auch wirklich?" Wenn man es dann aber kann, genießt man als Frau eine höhere Wertschätzung, und ein Fehler wird leichter verziehen als bei Männern. Eine weitere Beobachtung ist, dass Führungspositionen mehr Konfliktpotenzial haben und nicht viele Frauen wollen sich dem wirklich stellen. Ich meine damit, dass Frauen viel schwerer abschalten können und so ihre Probleme eher mit nach Hause nehmen als Männer.

VZ: Sie sind eine äußerst engagierte Frau und haben als rechte Hand des Oberbürgermeisters zahlreiche Aufgaben zu erledigen. Solche Positionen sind mit einer Arbeitszeit verbunden, die weit über das übliche Maß hinausgeht. Darüber hinaus sind Sie auch für den Verband stark engagiert. Wie bringen Sie Beruf und Privates in Einklang?

Birgit Baumann: Um es auf den Punkt zu bringen: wenn ich eine Familie mit Kindern hätte, könnte ich den Job nicht machen, zumindest nicht so, dass ich einigermaßen mit mir zufrieden wäre. In puncto Selbstmanagement, Disziplin und Arbeitsorganisation sind mir einige Fähigkeiten in die Wiege gelegt worden, so dass auch Privates nicht zu kurz kommt. Beim Musikmachen, Basteln und Fotografieren kann ich mich richtig erholen. Außerdem engagiere ich mich in der katholischen Erwachsenenbildung, sodass sich berufliche und private Themen manchmal überschneiden. In Oberbürgermeister Ilg habe ich zudem einen "Traumchef", der zwar viel verlangt, mir dafür aber zeitlich und inhaltlich alle Freiheiten einräumt, damit ich

produktiv arbeiten kann und ich meinen Job mit einer Art "Berufung" oder "Lebensaufgabe" verbinden kann: "Für viele Menschen da zu sein." Ich habe das Glück, eine berufliche Aufgabe zu haben, in der ich Erfüllung und Entfaltung spüre, sodass ich die lange Arbeitszeit nur selten als Belastung empfinde (das ist nur dann der Fall, wenn man Dinge machen muss, die nicht wirklich voranbringen). Das können vielleicht nicht viele Kolleginnen/Kollegen von sich behaupten, weshalb verständlicherweise bei ihnen Privates einen höheren Stellenwert einnimmt. Wenn man mich morgen in ein Fachgebiet der Hochverwaltungsstecken würde, würde ich "eingehen wie ein Primelchen".

VZ: Welche weiteren beruflichen Ziele haben Sie? Sehen Sie noch weitere interessante Aufgaben, die Sie reizen würden?

Birgit Baumann: Oh ja, ich bin nicht ortsgebunden und mag regelmäßigen Tapetenwechsel, es gibt in der Regel keine Aufgabe, die ich länger als durchschnittlich fünf Jahre machen möchte. Ich brauche immer etwas Neues, lass' mich gerne fordern und überraschen. Projekte reizen mich. Unsere Stadt richtet 2006 die Landesgartenschau aus - so etwas woanders mitverantwortlich durchzuführen, könnte ich mir gut vorstellen. Veranstaltungsmanagement, Bildungsarbeit, Netzwerke schaffen, wo sich Menschen entfalten und Ideen einbringen können, das reizt mich. Wahrscheinlich gibt es den Job noch gar nicht, den ich als nächstes machen möchte. Aber nachdem die öffentliche Verwaltung immer mehr neue Wege beschreitet, bin ich guter Hoffnung, dass sich zur passenden Zeit ein geeignetes Plätzchen für mich findet. Jetzt will ich auf jeden Fall noch eine Weile da bleiben, wo ich bin. Denn ein harmonisches Umfeld, die berühmte "gleiche Wellenlänge" ist für mich das Wichtigste.

VZ: Würden Sie den Beruf des Dipl.-Verwaltungswirtes weiterempfehlen oder sehen Sie auch Nachteile?

Birgit Baumann: Klar, den habe ich schon mehrmals weiterempfohlen. Gründe gibt es viele und einige habe ich schon ausgeführt. In jedem Beruf gibt es Nachteile, keiner hat die Sonnenseite des Lebens für sich gepachtet. Jeder muss für sich selbst abwägen, welche Nachteile er am ehesten für sich in Kauf nimmt. Nur eines ist klar: Wenn man uns abschaffen würde, würde die Organisation unserer Gesellschaft nicht mehr funktionieren.



Herzlichen Dank für das freundliche und unterhaltsame Gespräch. Für die Zukunft wünschen wir Ihnen noch viele gute Ideen und viel Schaffenskraft.

Das Interview mit Birgit Baumann führte Sybille Schwartz.

dbb-Mitgliederwerbeaktion 2005

Wir schaffen Perspektiven!

Unter dem Motto "Wir schaffen Perspektiven!" ist die Werbeaktion 2005 des dbb angelaufen. Weil erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit vom Engagement und den Stimmen möglichst vieler Mitglieder lebt, will sich der dbb auch in diesem Jahr bei allen mit einer Werbeprämie bedanken, die Kolleginnen und Kollegen von den Vorteilen einer Mitgliedschaft in einer dbb-Fachgewerkschaft überzeugen. Im vergangenen Jahr haben auf diese Weise nach vorläufigen Schätzungen mindestens 18.000 neue Kolleginnen und Kollegen unter das Dach des dbb gefunden. Auch 2005 erhalten Werber für jedes neu gewonnene Mitglied einen Bonuspunkt für eine Wunschprämie. 22 hochwertige Produkte stehen zur Auswahl, von der Auto-Warnweste über den Minikühlschrank bis hin zur Digitalkamera. Am Ende der Aktion werden unter allen Werbern fünf Kaffeemaschinen im Wert von je 979 Euro verlost.

Werbeprämien:

- 1 Punkt: Auto-Warnweste, orange, oder Designtaschenmesser, Alu
- 2 Punkte: Rucksack-Tasche, blau-schwarz, 55 x 28 x 28,5 cm
- 3 Punkte: Latte-Macchiato-Set, 2 Gläser, Milchaufschäumer, 2 Löffel, 2 Cocktailservietten
- 4 Punkte: Original Zippo-Benzinfeuerzeug, made in USA
- 5 Punkte: Samsonite-Gürtelset mit 2 Schließen in Alu-Box, Universallänge 115 cm, 3 cm breit
- 6 Punkte: Samsonite-Holzbox mit Börse und Schlüsselset
- 7 Punkte: MAGLITE-Taschenlampe, 40 cm
- 9 Punkte: Bomann Ice Crusher, CB 1086, Chrom
- 10 Punkte: Elta-Minikühlschrank, 7 Liter, rot
- 13 Punkte: Unold Brotbackautomat "Onyx", schwarz, Edelstahl
- 14 Punkte: Skil-Akku-Bohrschrauber 2490 H-12 V im Koffer
- 15 Punkte: Wasser-Maxx inkl. 1 PET-Flasche und CO₂-Zylinder
- 16 Punkte: Tischradio mit digitaler Frequenzanzeige, individuelle Lautsprecherabdeckung in Blau, Rot oder Schwarz
- 17 Punkte: Einhell-Laubsauger, ELS 2000 Royal
- 20 Punkte: Philips CD/MP3-Player EXP 221, silber/blau
- 22 Punkte: Siemens-Zitruspresse "Porsche Design"
- 23 Punkte: Casio Mini-Farbfernseher, 5,9 cm Bildschirmdiagonale
- 28 Punkte: Tefal Frühstückssset: Kaffeeautomat, Toaster, Eierkocher, Wasserkocher, weiß/klasklaskblau
- 30 Punkte: Funk-Wetterstation Oregon Scientific, rot-silber
- 40 Punkte: Braun-Dampfbügelstation SI 9500 "Freestyle Exel"
- 50 Punkte: KB Sucherkamera, Superzoom oder Marken-Digitalkamera, 3 Mio. Pixel, Zoom (Änderungen vorbehalten)

Wir im Spiegel der Presse

Im Ehinger Tagblatt erschien am 12. Januar 2005 folgende **Umfrage** / Beamtenpensionen in der Kritik

"Regelmäßige Gehaltserhöhungen, feste Pensionen und ein sicherer Job. Das sind die Privilegien der Beamten. Noch. Denn Politik und Beamtenbund wollen, dass auch Beamte leistungsorientiert bezahlt werden. Was halten die Ehinger davon?, wollte das Ehinger Tagblatt wissen.

"Wenn ich auf dem Arbeitsamt oder der Post erst warten muss, bis die ihren Kaffee ausgetrunken haben, dann ärgere ich mich schon", sagt Judith Märker. Besonders auf Behörden merke man, dass sich die Sicherheit der Pensionen und regelmäßigen Gehaltserhöhungen negativ auf die Arbeitsmoral auswirke.

"Diese Sicherheit wird zur Laxheit", bestätigt die Ehingerin Peggy Beer, die mit ihrer Freundin Judith unterwegs ist. Beide Frauen nehmen dabei die Lehrerschaft aus der allgemeinen Beamtenwelt aus.

"Für die Pädagogik ist es eher gut, dass Lehrer sichere Gehälter haben", meint Judith Märker. Die junge Mutter ist selbst Kind eines Lehrers. **"Ich kenne viele positive Beispiele aus der Schule"**, bekräftigt sie. Bei Lehrern wisse sie, **"dass die doch viel Arbeit mit nach Hause nehmen"**. Außerdem habe man mit Pädagogen mehr Kontakt, bekomme Rückmeldungen und könne welche geben.

"Wenn Lehrer weniger arbeiten, sollten sie auch weniger Geld bekommen", ist dagegen Amber Berach überzeugt. **"Wenn ich weniger arbeite, bekomme ich doch auch weniger"**, argumentiert sie. Ungerecht findet die Schülerin auch den langen Urlaub der Lehrer. Doch dann fällt ihr ein: **"Wenn die weniger Ferien hätten, dann hätten die Schüler ja auch weniger Ferien. Was sollen die dann tun, wenn keine Schüler da sind?"** überlegt sie. Unter diesem Aspekt gönnt sie den Lehrern den Urlaub, aber nicht die leistungsunabhängig regelmäßig steigenden Gehaltsleistungen.

"Wer kriegt denn heute noch Weihnachtsgeld?", entrüstet sich Brigitte Eisenhuth. Die Hausfrau glaubt nicht daran, dass es den Beamten an die Pension geht. **"Denen geht es besser als allen anderen"**, schüttelt sie mit dem Kopf. Dass **"kleine Leute mit kleinen Gehältern leben müssen, die zudem noch unsicher seien"**, empfindet sie als ungerecht. **"Die Beamten sollte man ganz abschaffen"**, erklärte die 54-Jährige aus Erbach.

Herbert Schulz aus Griesingen dagegen nimmt die Beamten in Schutz. **"Die müssen doch auch was tun"**, sagt der 73-jährige ehemalige Heizungsmonteur. **"Der, wo was tut, soll auch belohnt werden"**, lautet sein Prinzip.

"Darüber zu urteilen steht mir nicht zu", meint Thomas Laskowski. Das müsse jeder vor sich selber verantworten, wie viel er für sein Geld arbeitet. **"Es ist doch eine ganz natürliche Reaktion, dass man das auch ausnützt, was man geboten bekommt"**, stellt der Erbacher fest, der beruflich in Ehingen tätig ist. So lange das Gesetz einem Beamten Gehalt und Pension gewähre, könne derjenige das auch ohne schlechtes Gewissen wahrnehmen können.

Unsere Meinung:

Weniger die "Stammtischparolen" sind das Problem, als die unreflektierte Haltung der Redaktion. Deshalb ist die prompte Reaktion unseres Mitglieds und Kreisvorsitzenden Kollegen Bürgermeister Roland Knapp zu loben, und wir bitten all unsere engagierten Mitglieder in ähnlicher Lage, sich ebenfalls zu Wort zu melden und uns davon in Kenntnis zu setzen.

Wir dürfen unsere Bedeutung nicht wie das Licht unter den Scheffel stellen und sollten Position beziehen und immer wieder deutlich machen, dass die Beamten nicht die Sündenböcke für alle möglichen Fehlentwicklungen, die wir nicht zu vertreten haben, sind.

Nachstehend der Leserbrief von Roland Knapp:

"Vorurteile nicht auszurotten"

In der Umfrage Ihrer Zeitung wird deutlich, dass die Vorurteile eines Teiles Ihrer Leserschaft gegenüber dem öffentlichen Dienst nicht auszurotten sind. Wenn eine Leserin sich darüber beschwert, dass sie bei Behörden warten müsse, bis die Beamten ihren Kaffee ausgetrunken haben, dann ist dies Stimmungsmache par excellence. Abgesehen davon, dass Ihre Leserin überhaupt nicht beurteilen kann, ob es sich bei den Behördenbediensteten um Beamte oder Tarifpersonal handelt, steht fest, dass der öffentliche Dienst sein Serviceangebot, seine Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe in den letzten zwanzig Jahren erheblich verbessert hat. Stichworte wie Bürgerbüros, verlängerte Öffnungszeiten, Abendsprechstunden bei Kommunen, oftmals unbezahlte Überstunden - weil sie vom Vorgesetzten nicht ausdrücklich angeordnet sind - sind Beispiele, die zeigen, dass die öffentliche Verwaltung enorme Anstrengungen unternommen hat, die Leistungsbereitschaft zu steigern und ihr Dienstleistungsangebot für den Bürger attraktiv zu gestalten.

Ob diese Verbesserungen in gleichem Umfang von der Privatwirtschaft und ihren Dienstleistern übernommen worden sind, sei einmal dahingestellt; nicht umsonst sprechen wir in der Bundesrepublik von der "Dienstleistungswüste in unserer Wirtschaft".

Wenn kritisiert wird, die Beamten - von den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst wird in diesem Zusammenhang nicht gesprochen - profitieren von regelmäßigen Besoldungserhöhungen und erhielten über-

höhte Pensionen, dann sind dies Diskussionsbeiträge, die von Vorurteilen getrübt sind.

Offenbar ist den Leserinnen, die sich an Ihrer Umfrage beteiligt haben, entgangen, dass die bisherigen Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung voll auf die Beamtenversorgung übertragen wurden bzw. auch in der Zukunft übertragen werden. Hinzu kommt, dass die Besoldung der Beamten, insbesondere im mittleren Dienst, dem die Mehrzahl der Beamten in der Bundesrepublik angehört, beileibe nicht üppig ist. Die Besoldungserhöhungen sind in den letzten Jahren immer maßvoll erfolgt und haben an den durchschnittlichen Lohnsteigerungen in der Wirtschaft **nicht** teilgenommen.

Fragen wir mal einen 28-jährigen Hauptsekretär, dem nichts anderes übrig bleibt, als den Krankenversicherungsschutz für sich und seine Familie auch noch privat abzusichern, weil die Beihilfe im Krankheitsfall nicht alle Leistungen übernimmt, wie er den Lebensunterhalt für seine beiden Kinder und Ehefrau sicherstellt?

Dass die Arbeitsplatzsicherheit ein hohes Gut darstellt und angesichts der schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wird von den Beamten anerkannt. Dies darf aber nicht dazu führen, dass der öffentliche Dienst mit der Totschlagnummer "Ihr habt einen unkündbaren Arbeitsplatz" von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wird und sich vereinzelt schon die Frage stellt, ob zwischen staatlichen Sozialleistungen und der gewährten Besoldung im einfachen und mittleren Dienst noch der notwendige Abstand besteht.

Wir als Beamtenbund wollen das Beamtenrecht fortentwickeln; dazu gehört es, dass der öffentliche Dienst im gesamten Bundesgebiet gleichermaßen leistungs- und wettbewerbsfähig bleibt, ein flexibles und leistungsgerechtes Beamten- und Besoldungsrecht mit bundeseinheitlichen Grundstrukturen geschaffen wird und das Beamtenverhältnis so ausgestattet wird, dass es den Anforderungen einer sich wandelnden und sich ständig modernisierenden Gesellschaft entspricht. Aber dazu gehört auch, dass in der öffentlichen Diskussion eine vorurteilsfreie Sachauseinandersetzung stattfindet. Die Beiträge der von Ihnen befragten Leserinnen haben dazu sicherlich nicht beigetragen.

Und ein weiterer Leserbrief dazu von unserem Kollegen und Mitglied Andres Schmötzer:

"Zur Rubrik Witze passt dies besser"

Ein leichtes Lächeln konnte ich mir nicht verkneifen, als ich am Mittwoch, Ihre Leserbefragung zum Thema "Beamtenpensionen" gelesen habe. Eine solche Anhäufung von unbelegten und einfach nur nachgeredeten

Vorurteilen habe ich noch nie gesehen. Ansprüche wie "Wenn ich auf dem Arbeitsamt oder der Post erst warten muss, bis die ihren Kaffee ausgetrunken haben, dann ärgert mich das schon" - da kann ich nur lachen. Mich würde interessieren, wie oft diese Dame ein solches Erlebnis schon hatte. Vermutlich noch nie, aber es ist eben so verbreitet, dass Beamte faule Kaffeetrinker sind. Wobei hierzu noch gesagt werden muss, dass die Mehrzahl der besagten Mitarbeiter auf dem Arbeitsamt oder der Post, mit der die Dame angeblich zu tun hatte, gar keine Beamten sind, sondern Angestellte im öffentlichen Dienst und sehr wohl kündbar. Mit diesen Vorurteilen ist es wie mit Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen: Es ist aussichtslos. Die Leute, die sagen, ohne Beamte wäre alles besser und billiger, denen werden wohl erst die Augen aufgehen, wenn das Beamtenum tatsächlich abgeschafft ist. Dann ist nichts mehr los mit der Gesetzestreue in Deutschland, dann gilt die Cheftrübe, um nicht gefeuert zu werden. Die Freiheit

von Lehre und Forschung wird auf die Ansichten des Vorgesetzten reduziert usw. Aber auch die Behauptung, Beamte sind teuer, regelmäßige Lohnerhöhungen werden bezahlt ohne die entsprechende Leistung dafür, stimmt so einfach nicht. Es besteht nach wie noch Unstimmigkeiten, wer günstiger ist - Beamte oder Angestellte. Wobei die Tendenz zu den Beamten zeigt, dass diese günstiger sind. Ein weiteres Argument dafür, dass Beamte nicht überbezahlt sind, ist die Tatsache, dass ein junger Beamter im gehobenen Verwaltungsdienst (setzt ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus) rund 1.700 € monatlich bekommt; er muss davon noch die private Krankenversicherung bezahlen. Dieses Gehalt ist im Vergleich zur freien Wirtschaft sehr bescheiden. Darüber hinaus muss der Beamte noch 41 Stunden in der Woche arbeiten, wobei teilweise in der Wirtschaft eine 35-Stunden-Woche durchgesetzt ist. Aber das ist nicht weiters schlimm, da eine 41-Stunden-Woche bei vielen Beamten zur

Aufgabenerfüllung gar nicht ausreichend ist. Sicher stößt es auf Unverständnis bei den Leuten, wenn man zum Beispiel für den Bau eines einfachen Einfamilienhauses unheimlich viele Dinge beachten muss - aber diese Regelungen stammen nicht von uns Beamten. Wir versuchen lediglich, ein geordnetes und gerechtes Miteinander zu schaffen. Sicher gibt es auch unter den Beamten schwarze Schafe, aber die finden sich auch in jedem Unternehmen. Die Dame, die auch das obige Zitat gesagt hat, sagt weiter, dass sie viele positive Beispiele bei der Lehrerschaft kennt. Das ist ja auch ganz logisch, wenn ihr Vater Lehrer war. Wäre ihr Vater Beamter im Rathaus gewesen, dann würde sie dort auch viele positive Beispiele kennen. Es ist einfach so, dass Beamte genauso für ihr Geld arbeiten wie jeder Angestellte oder Arbeiter auch! Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch einen kleinen Vorschlag machen: Drucken Sie eine solche Befragung doch nächstes Mal unter Rubrik "Witze", da passt sie besser hin.

Stuttgarter Zeitung vom 12. Januar 2005

Reformbedarf im Staatsdienst
Neue Zeiten für Beamte
 Von Matthias Schiermeyer

Jahrzehntlang war der Beamte Trügelknabe der Nation. Er musste nicht nur für diverse Klischees herhalten, er war die Symbolfigur für einen unbeweglichen, in Bürokratie und Überregulierung ersackenden Staat. Damit könnte bald Schluss sein. Künftig soll sich der Beamte weniger von einem normalen Arbeitnehmer unterscheiden. Beispielsweise wird sein Lohn dann nicht mehr an Dienstjahren und der einmal eingesetzten Laufbahn bemessen, sondern an seinen beruflichen Erfahrungen und der Leistungsbereitschaft. Nicht mehr verständliche Privilegien werden weiter abgebaut, die Flexibilität bei der Arbeitszeit wird gesteigert, der Wechsel zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung erleichtert. So steht der Beamte an der Spitze einer Reformbewegung im öffentlichen Dienst, der die Modernisierung des Tarifrechts für die Arbeiter und Angestellten auf dem Fuß folgt. Erst die schwere Krise der Wirtschaft und der öffentlichen Kassen macht es möglich, dass der Staat endlich beginnt, sich in seinem Innern zu erneuern.

Motor des Prozesses sind Bundesinnenminister Schily und Beamtenschaftschef Heesen - zwei Herren, die einst nicht gut zueinander zu sprechen waren und jetzt ein neues „Traumduo“ bilden, wie Bayerns Finanzminister süffisant feststellt. Wer handelt, wird nicht behandelt. Nach dieser Devise haben sich die Reform des Dienstrechts eingeleitet. Vielleicht haben sie sich noch rechtzeitig zu neuen Ufern aufgemacht. Die Länder, die das Gros der Beamten beschäftigen, hatten sich mit Hilfe von Öffnungsklauseln schon wichtige Zuständigkeiten verschafft und waren in der Föderalismuskommission drauf und dran, das Besoldungsrecht komplett an sich zu reißen. Eine Zerspaltung dieser Kompetenz könnte irgendwann die Auflösung des bundes einheitlichen Beamtensrechts belegen. Nach dem Scheitern der Kommission ist trotz der lobenswerten Bemühungen des Bundespräsidenten offen, ob und wann sie ihre Arbeit fortsetzt. Dies verschafft den Staatsdienern einen kleinen Vorsprung, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Denn das Berufsbeamtentum kann nur retten, wer es erneuert.
 Das Eckpunktpapier ist allein noch kein Grund zum Jubeln, so wie dies Schily und

Heesen derzeit demonstrieren. Möglich, dass Ministerialbeamte daraus ein Gesetz machen, das so verworren und anwenderfeindlich daherkommt wie bisherige Dienstverträge. Auch handelt es sich nicht um ein Sparprogramm, sondern soll die Beweglichkeit und Motivation der Beschäftigten steigern, was dann Geld kostet. Keineswegs werden alle Strukturen im Staatsdienst auf den Kopf gestellt. Nach wie vor verpflichtet sich der Beamte zur Loyalität gegenüber dem Staat und verzichtet auf Streiks, während dem Beamten weiterhin eine Rente-Versicherung auf Lebenszeit garantiert wird. Die enge Verbindung zwischen Dienstherr und Beschäftigten, die bisher einen weitgehend reibungslosen Ablauf im öffentlichen Dienst garantiert, wird somit zementiert.

Dennoch loben Schily und Heesen ihr Konzept deswegen so überschneidend, um die Zweifel in den eigenen Reihen mitzunehmen. Das Bewusstsein, dass sich etwas ändern muss, ist nicht bei allen vorhanden. Zwar ist offen geblieben, um wie viel die Gewerkschaft kaum vernehmbar. Das war vor einem Jahr ganz anders, als Heesen die Faulheit unter Beamten geißelte. Gleichwohl könnten beherrschende Kräfte allen Reformen bremsen. Jüngere Beamten haben wohl kein Problem damit, wenn ein kleiner Teil ihres Gehalts nach halbwegs transparenten Leistungskriterien gezahlt wird. Ältere Staatsbedienstete mögen fürchten, dass ihnen trotz der Bestandsschutzregeln etwas genommen wird. Leistungsbezogene Elemente sind gar nicht so neu im Dienstrecht, dennoch könnten viele Beamte mehr die Risiken und weniger die Chancen sehen. Das wäre allerdings ein Fehler. Denn die Leistungsanreize sind wichtiger als die Instrumente zur Abstufung unwilliger und unfähiger Beschäftigter.

Alle Beamten verbindet, dass sie sich seit Jahren von der Politik geschöpft fühlen und ein Ende der Belastungsphase erreicht sehen. In Milliardenhöhe haben sie schon zur Sanierung der Haushalte beigetragen. Mit Personalabbau werden sie kontinuierlich zur Ader gelassen. Ein Motivationssturz wäre vorzuziehen. Das hängt mit der leistungsorientierten Bezahlung an und hört mit größerer Entscheidungsfreiheit für Vorgesetzte längst nicht auf. Auch im Wettbewerb um die besten Kräfte darf kein Tabu sein, selbst wenn die ostdeutschen Länder fürchten, später als Verlierer dazustehen. Ziel ist der neue Beamtentypus eines kompetenten Dienstleiters. Der öffentliche Dienst ist großteils besser und für den Steuerzahler günstiger als sein Ruf. Dennoch ist der Erneuerungsbedarf in den Verwaltungen riesig, um die Effizienz zu verbessern. Die Reformer befinden sich in der ersten Runde eines Langstreckenlaufs.

Stuttgarter Nachrichten vom 2. Februar 2005
 Interview mit Gerhard Stratthaus

Gerhard Stratthaus

Bei Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamten sieht Baden-Württembergs Finanzminister das Ende der Fahnenstange inzwischen erreicht, bei Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst aber noch nicht.



„Beamte nicht schlechter bezahlen“

Herr Stratthaus, aber die Reform des Berufsbeamtens, die Innenminister Otto Schily und Beamtenschaftschef Peter Heesen wollen, gehen die Meinungen weit auseinander. Die einen sprechen von einer Möglichkeit, die anderen von einer Revolution. Was meinen Sie?
 Eine Revolution ist es nicht. Aber wir in Baden-Württemberg wollen auch gar keine Revolution, sondern eine Evolution. Das Berufsbeamtentum soll nicht abgeschafft, sondern weiterentwickelt werden. Dafür liefert das Eckpunktpapier eine gute Grundlage.

Der Preis dafür ist, dass der Bund für das Beamtensrecht zuständig bleibt.
 Flexibilisierung ist in dem Papier durchaus vorgesehen: Leistungszulagen etwa oder die Möglichkeit, innerhalb einer Besoldungsgruppe mehr oder weniger zu bezahlen. Aber wir werden den Gesetzentwurf, wenn er dann vorliegt, sehr genau darauf hin prüfen, ob er uns mehr Spielraum gibt. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir im Bundesrat auf Änderungen drängen. Das Beamtensrecht muss leistungsgerechter, aber auch marktgerechter werden, damit der Staat die Leute bekommt, die er auch braucht.

Was meinen Sie mit marktgerechter?
 Ein Beispiel: Wir hatten in den achtziger und neunziger Jahren ein Überangebot von Lehramtsbewerbern. Viele konnten nicht genommen werden. Eigentlich wäre es damals vernünftig gewesen, die Eingangsbesoldung zu senken, damit mehr Lehrer fürs gleiche Geld eingestellt werden können. Aber man konnte auf diese Marktsituation überhaupt nicht reagieren.

Sie als Finanzminister würden doch nur die Gehälter kürzen.
 Das stimmt nicht. Natürlich müssen wir Personalkosten senken, wenn wir aus der Schuldenfalle kommen wollen. Aber dazu müssen wir Personalstellen

streichen. Die Beschäftigten können wir nicht schlechter bezahlen. Denn in ein paar Jahren schen kann die Marktsituation wieder anders aussehen. Dann kommen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, und wenn wir dann nicht mit der freien Wirtschaft mithalten können, bekommen wir keine guten jungen Leute mehr.

Weg von den Beamten, hin zu den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst: Am Montag beginnen in Potsdam die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft Verdi sowie dem Bund und den Kommunen. Die Länder sitzen nur in der Schmollecke.
 Die Länder schließen nicht. Wir waren und sind verhandlungsbereit.

Und jetzt werden die Länder das übernehmen müssen, was Bund und Kommunen mit Verdi aushandeln.
 Das stimmt nicht. Natürlich schauen wir, was in Potsdam herauskommt. Und für interessante Vereinbarungen sind wir offen. Die Gewerkschaften sind ja nicht unsere Feinde.

Aber die Länder haben die Verträge gekündigt, so dass im Süddeutschen Angestellte, die neu eingestellt werden, 41 Stunden arbeiten müssen und ein höheres Wochenlohn bekommen.

Die Verträge für die, die vorher eingestellt wurden, laufen aber weiter. Deshalb haben die Gewerkschaften die ganze Zeit gesagt, sie müssten mit uns gar nicht verhandeln. Wir können umgekehrt sagen: Dann lassen wir die Bezahlung, wie sie ist. Wenn die Gewerkschaften mehr wollen, müssen sie mit uns reden. Und ich bin sicher: Sie werden auch wieder mit uns reden. Die Gewerkschaften müssen uns aber bei der Wochenarbeitszeit und dem Weihnachtsgeld entgegenkommen. Andernfalls machen Gespräche für uns keinen Sinn.

Fragen von Rainer Wehass

Das Porträt

Heidenheim - 33 ausgewählte Heidenheimer Superlative

von Oberbürgermeister Bernhard Ilg

- Das etwas andere Stadtporträt -

Der typische Heidenheimer ist ein bescheidener Mensch. Er teilt der Welt nicht mit, was er kann und womit er die Welt bereichert. Understatement, stets kritisches Hinterfragen der eigenen Leistungen und der Arbeits- bzw. Lebensbedingungen in der Heimat erschweren es deutlich, einen gewissen "Bürgerstolz" zu entfachen. Erst beim genauen Hinsehen entdeckt man die "hidden champions" in Wirtschaft, Handwerk, Handel, Organisationen und Vereinen. Immer wieder erstaunt mich, was in Heidenheim erfunden, produziert und geleistet wird, aber keiner weiß es, nicht mal die Heidenheimer selbst. Über vier Jahre meiner Amtszeit hat sich eine Liste mit Superlativen angesammelt, die Heidenheim auf unkonventionelle Weise bekannt machen soll. Wenn sich einige Spitzenplätze aus aktuellem Anlass verschoben haben sollten, bitte ich um Nachsicht. Superlative hat man nicht auf Dauer, sie wollen stets verteidigt werden. Und die Welt bewegt sich.

Wussten Sie schon

1. ... dass in Heidenheim das erste Taxi der Welt steht?

Besichtigen Sie das älteste Taxi der Welt (Daimler, 1898) im Museum für Kutschen, Chaisen und Karren auf Schloss Hellenstein.

2. ... dass Heidenheim Geburts- oder Heimatort berühmter Persönlichkeiten ist?

Der Spaceshuttle-Astronaut Gerhard Thiele erblickte in Heidenheim ebenso das Licht der Welt wie Kardinal Walter Kasper.

3. ... dass der Oolith des Wiener Rathauses aus Heidenheim stammt?

Der "Brenzta-Oolith" aus Heidenheim wurde bis nach Berlin und Wien exportiert, z. B. für das Wiener Rathaus. Auch Schloss Hellenstein ist aus "Heidenheimer Elfenbeinmarmor".

4. ... dass Heidenheim allen das Wasser reichen kann?

Heidenheim liegt im zweitgrößten Wasserschutzgebiet Baden-Württembergs - 40.000 ha - wenn die Landeswasserversorgung zusammenbricht, können Heidenheims Grundwasserquellen fast allen das Wasser reichen.

5. ... dass Heidenheim die grünste Stadt ist?

62 Prozent der Gesamtmarkung Heidenheim sind bewaldet - die waldreichste Kommune im Regierungsbezirk Stuttgart. 150 ha Wacholderheiden. Wandern bis zum Abwinken zwischen Wald und Heide.

6. ... dass Heidenheim die weltweit größte Picasso-Plakatsammlung besitzt?

Das Kunstmuseum Heidenheim verfügt über sämtliche zu Lebzeiten Picassos entstandenen Plakate. Die weltgrößte Picasso-Plakatsammlung - über 140 Original-Druckgrafiken. Nichts wie hin!

7. ... dass Heidenheim die einzige Operninszenierung Baden-Württembergs auf einer Freilichtbühne hat?

Jährlich laden die Opernfestspiele Heidenheim auf Schloss Hellenstein ein. Mit ihrer Trilogia (Rigoletto, Il Trovatore und La Traviata) gilt die

Brenzmetropole als "Verdi-Stadt nördlich der Alpen". Das Heidenheimer Kulturevent - und Platz 10 im Vergleich mit über 100 internationalen Festspielveranstaltern!

8. ... dass Heidenheim mit dem Naturtheater das zweitälteste Amateurtheater Baden-Württembergs hat?

Das Naturtheater hat eine über 80-jährige Tradition. Alljährlich ziehen über 40.000 Open-Air-Fans zum Theater auf den Schlossberg - eine Bühne mitten im Wald.

9. ... dass das Heidenheimer Rathaus als einziges Rathaus in Deutschland einen Piercing-Ring trägt?

Der Piercing-Ring mit 2,4 m Durchmesser ist an der Heidenheimer Rathausfassade zu bestaunen - ein Kunstobjekt des alle drei Jahre stattfindenden Bildhauersymposiums Heidenheim.

10. ... dass sich in Heidenheim Europas wertvollste Gitarrensammlung befindet?

Siggi Schwarz in Heidenheim-Aufhausen führt die europaweit größte Sammlung: rund

400 Gitarren, Raritäten aus den 50ern; manche sind bis zu 100.000 Euro wert.

11. ... dass Heidenheim die dritt-höchste Abiturientendichte hat?

In keiner anderen Stadt Baden-Württembergs machen, gemessen an der Einwohnerzahl, so viel Menschen Abitur wie in Heidenheim. Bundesweit: die Nr. 3!

12. ... dass die Heidenheimer Berufsakademie die meisten Studienmöglichkeiten bietet?

Von den dezentralen Berufsakademien Baden-Württembergs verfügt Heidenheim über die meisten Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten: 12 Studiengänge, von Wirtschaft bis Sozialwesen.

13. ... dass Heidenheim einziger Bundesstützpunkt und Landesleistungszentrum Fechten in Württemberg ist?

Ob Bißdorf, Duplitzer oder Reich: Fechter aus Heidenheim haben über 30 Welt- und Europameisterschaftsmedaillen gewonnen. Beim Coupe d'Europe kommt hier seit Jahrzehnten die internationale Fechtelite zusammen.



Heidenheim ist eines der Fecht-Hochburgen in Deutschland. Jährlich findet in Heidenheim der Coupe d'Europe, einer der weltweit größten Fechtwettbewerbe, statt.



Das Brenzufer in und um Heidenheim lädt zu Radtouren und Wanderungen ein.

14. ... dass Heidenheim als eine der Baseball-Hauptstädte Europas gilt?

Das Heidenheimer Baseball-Landesleistungszentrum und -stadion sowie die Baseballbundesligamannschaft beweisen es: Heidenheim ist im Baseball ganz vorn.

15. ... dass Heidenheim neben Todtnau und Wildbad den einzigen Mountainbike-Parcours mit spezieller Biker-Cross-Piste in Baden Württemberg hat?

Heidenheim ist Hochburg für passionierte Mountainbiker. Die rund 8 km lange Cross-Country-Strecke am Hochberg-Skilift verspricht rasanten Fahrvergnügen.

16. ... dass Heidenheim die dritthöchste Patentdichte Deutschlands aufweist?

Der jüngste Patentatlas hat es bestätigt: Heidenheim belegt nach Stuttgart und München Platz 3 in Deutschland. Mit 113,6 Patenten pro 100.000 Einwohner.

17. ... dass Heidenheim die Wiege der industriellen Papiererzeugung ist?

Mit seinem Patent von 1869 ebnete Johann Matthäus Voith den Weg zur industriellen Massenherstellung von Papier. Voith-Papiermaschinen gehören zu den effizientesten der Welt.

18. ... dass in Heidenheim Komponenten für die größten Wasserkraftwerke der Welt gefertigt werden?

1903 lieferte Voith Turbinen für das damals weltgrößte Kraftwerk an den Niagarafällen (USA). Auch für das künftig größte Wasserkraftwerk (Drei-Schluchten in China) fertigte Voith Komponenten.

19. ... dass einer der erfolgreichsten Schiffsantriebe der Welt aus Heidenheim kommt?

Die Erfindung des Voith-Schneider-Propellers ermöglicht es Schiffen, jede beliebige Bewegung auf dem Wasser präzise und sicher auszuführen - eine Revolution in der Schiffsantriebstechnik.

20. ... dass in Heidenheim das weltweit einzige Papierforschungszentrum entsteht?

Im Voith-Papiertechnologiezentrum wird erforscht, wie Papier in noch höherer Qualität mit noch weniger Ressourcen (oder Energie und Wasser) hergestellt werden kann. Es ist die weltweit einzige Forschungseinrichtung, in der sämtliche Prozesse des Papiermachens beleuchtet werden können - eine Investition in die Zukunft.

21. ... dass in Heidenheim bis vor kurzem Europas größte Hosenbundkonfektion gefertigt hat?

Wenn Sie eine Tuchhose tragen, wurde der Hosenbund vielleicht von der Heidenheimer Firma C. F. Ploucquet genäht und bedruckt. Schauen Sie einfach mal in den Bund - und?

22. ... dass in Heidenheim die einzige Erwerbskühlerei Baden-Württembergs arbeitet?

Die letzte Kühlerei des Landes raucht in Heidenheim-Großkuchen. Mitten im Wald wird noch Holzkohle wie einst vor 500 Jahren hergestellt. In gewissem Sinne ... Schwarzarbeit.

23. ... dass Heidenheim im 19. Jahrhundert das "schwäbische Manchester" genannt wurde?

Einst war Flachs von der Schwäbischen Alb die Grundlage für vier Textilfabriken. Mit

dem Import von Baumwolle blühte in Heidenheim eine regelrechte Textilindustrie auf. Textilprodukte von der Brenz gingen in die ganze Welt. Noch heute stellt z. B. Hartmann Windeln her. Ohne Flachs!

24. ... dass Heidenheim Sitz des größten Autoauktionshauses Europas für Süddeutschland ist?

Die "British Car Auction" versteigert an Händler etwa 250 Autos pro Tag, d. h. ca. 20.000 im Jahr! Damit ist Heidenheim die Autohandelsmetropole in Süddeutschland.

25. ... dass sich der modernste Wasch- und Bearbeitungsbetrieb für Berufskleidung in Heidenheim befindet?

Tag für Tag werden in Heidenheim 40.000 Kleidungsstücke gewaschen und bearbeitet: Die boco-Niederlassung in Heidenheim ist Europas modernster Waschbetrieb: Alles sauber!

26. ... dass jeder dritte Verbandskasten aus Heidenheim stammt?

Jeder dritte Verbandskasten - ob als Erstausrüstung von Neuwagen oder als Zubehör - kommt aus Heidenheim. Die Paul Hartmann AG ist in Deutschland Marktführer für Autoverbandskästen.

27. ... dass Heidenheim die höchste Spielplatzdichte Baden-Württembergs hat?

Auf 2.812 Kinder (unter 6 Jahren) kommen 109 Spielplätze, das ist unter den Städten vergleichbarer Größe die höchste Spielplatzdichte des Landes.

28. ... dass Heidenheim die höchste Gasversorgungsquote im Südwesten Deutschlands aufweist?

93 Prozent aller Wohngebäude in der Kernstadt Heidenheim (Landkreis 75 Prozent) werden mit Erdgas versorgt. Das macht Heidenheim zum absoluten Gas-Spitzenreiter.



Schafwiese

29. ... dass die Stadtwerke Heidenheim zu den günstigsten Stromanbietern gehören?

Die Stadtwerke Heidenheim zählen bundesweit zu den Top Ten der günstigsten Stromanbieter. 20 Prozent der Energie gehen bis nach Flensburg und Ostdeutschland.

30. ... dass die Grundstücks- und Bau-gesellschaft Heidenheim AG (GBH) die einzige börsennotierte Wohnungsbaugesellschaft Deutschlands mit kommunaler Beteiligung ist?

Keine andere Wohnungsbaugesellschaft Deutschlands hat so viele Mieter an einem Standort wie die GBH. Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist bei ihr Kunde.

31. ... dass Heidenheim das modernste Finanzamt Deutschlands hat?

Seit 2004 ersetzt in Heidenheim ein zentrales, hochmodernes Finanzamt alle bisherigen Filialen. Das neue Teambüro-Konzept gilt für künftige Finanzämter als Musterbeispiel.

32. ... dass Heidenheim das einzige Verlagshaus Baden-Württembergs hat, das zwei getrennte Tageszeitungen an einem Ort herausbringt?

Das Pressehaus Heidenheim produziert als einziges Verlagshaus zwei verschiedene Tageszeitungen für das gleiche Verbreitungsgebiet.

33. ... dass in Heidenheim die einzige Brauerei Deutschlands sitzt, die nach einem echten König benannt wurde?

König Wilhelm von Württemberg verkaufte 1827 seine Brauerei "Königsbräu" an die Familie Majer. Heute produziert das Brauhaus unter anderem rund 60.000 Hektoliter Bier pro Jahr.



Mit diesem Heißluftballon wirbt die Stadt Heidenheim für die Landesgartenschau 2006. Mitfahren möglich!

Wenn Sie einige dieser Superlativen selbst erleben wollen, dann kommen Sie einfach nach Heidenheim, in die Brenztalmetropole Ostwürttembergs. Über die A 7 gibt es zwei Autobahnausfahrten, die Sie aber spätestens zur Landesgartenschau 2006 nach Heidenheim schleusen werden.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Seminare

Seminar Frauen-Spezial Recht, Strategie und Wohlfühlen

- Ein langes Wochenende für die sportliche und berufliche Fitness -

Das Seminar des VdV für Frauen, die noch mehr aus sich herausholen wollen.

Vermittelt werden:

- ◆ Grundlagen der Kommunikation, des Besprechungsmanagements und der Arbeitsorganisation
- ◆ Aktuelles Personalrecht: insbesondere Elternzeit, Teilzeit, Beurlaubung
- ◆ Systematik und Beeinflussbarkeit von Stellenbeschreibung und Stellenbewertung
- ◆ Praktische Übungen zur Körperwahrnehmung, zur Entspannung und zur persönlichen Fitness

Start: Freitag, 29. Juli 2005, um 15 Uhr mit dem Begrüßungskaffee

Ende: Sonntag, 31. Juli 2005, um 13 Uhr mit dem Mittagessen

Seminarort: Die wunderschön gelegene Sportschule Steinbach bei Baden-Baden

Das Seminar ist so terminiert, dass Sie noch einen Besuch in der mondänen Bäderstadt Baden-Baden, den dortigen Caracalla-Thermen oder im Spielcasino machen können.

Referent/in: Birgit Baumann, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters der Stadt Heidenheim, ständige Referentin in der Erwachsenenbildung

Klaus Nunn, Leiter des Haupt- und Personalamts der Stadt Emmendingen, langjähriger Übungsleiter für Freizeit- und Herzsport

Teilnahmegebühr: 80 €

Vollpension im Zweibett-Zimmer mit Dusche/WC

Auf Wunsch Einzelzimmer: Zuschlag 10 € je Nacht

Bringen Sie bitte mit: Leichte Sportkleidung, Hallensportschuhe, Badesachen, Schreibutensilien.

Anmeldung bitte an die Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V., Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart

Fax 0711 2263280, Telefon 0711 2263262, E-Mail: info@vdv-bw.org

Seminare 2005 im dbb forum siebengebirge Königswinter-Thomasberg

◆ Personalmanagement

Seminar B 061/05 vom 3. bis 5. April 2005

Aus dem Seminarprogramm:

* Personalführung * Personalentwicklung * Stellenbewertung * Personalarbeit * Beurteilungen, Zeugnisse * Die Zukunft des öffentlichen Dienstrechts unter dem Aspekt der Personalentwicklung * Was ist aus den neuen Steuerungsmodellen geworden - ein Zukunftsmodell für eine moderne Personalführung? * Was ist Mobbing? * Typische beamtenrechtliche Konflikte * Rechtliche, insbesondere gerichtliche Lösungsmöglichkeiten * Außergerichtliche Lösungsmöglichkeiten, z. B. Mediation * Reform der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst, Bachelor und Master

Referentin / Referenten:

Gudrun Früh, Rechtsanwältin, Dipl.-Verwaltungswirtin, Mediatorin, Stuttgart

Alfred Maucher, Haupt- und Personalamtsleiter, Bad Waldsee

Prof. Eberhard Ziegler, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg

Bei Interesse der Teilnehmerinnen/Teilnehmer wird für Sonntagabend (3. April 2005) ein Besuch der Ausstellung "Tutanchamun - das goldene Jenseits" in der Bundeskunsthalle Bonn organisiert. Deshalb wird um baldige Anmeldung gebeten.

◆ Dienst-, Versorgungs- und Beihilferecht

Seminar B 156/05 vom 10. bis 12. Juli 2005

Für die Seminare wird ein Teilnehmerbeitrag erhoben: Mitglieder 64 €, Nichtmitglieder 128 €. Mit dem Teilnehmerbeitrag sind jeweils abgegolten: Vollpension und Pausengetränke, Unterbringung im komfortablen Einzelzimmern sowie für Mitglieder Fahrtkostenzuschuss in Höhe von 0,22 € pro Entfernungskilometer (einfache Fahrt Wohnung - Königswinter-Thomasberg) bis zur Gesamthöhe von 175 €.

Anmeldungen an die Geschäftsstelle des Verbands der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e. V., Panoramastraße 27, 70174 Stuttgart, Tel. 0711 2263262, Fax 0711 2263280, E-Mail: info@vdv-bw.org

Neues von den Hochschulen

Fachhochschule Kehl

Im Rahmen des 10. Kehler Forums besuchte der neue Verbandsvorsitzende Wolfgang Steng Anfang Dezember 2004 die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl. Dabei fand ein Gespräch mit Rektor Prof. Hans-Jürgen Sperling, Prorektor Prof. Paul Witt sowie dem studentischen Vertreter des Verbandes an der Fachhochschule, Alexander Bourke, statt.

Besprochen wurden unter anderem die Ausbildungsreform und die Auswirkungen darüber an den Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg. Thema war natürlich auch der anstehende Führungswechsel auf Landesebene durch Herrn Oettinger.

Einig ist man sich darüber, dass die kommenden Jahre eine Herausforderung für den Verband darstellen: es gilt, mit der Politik den Konsens zu suchen, um das Beamtentum zu erhalten und zu stärken. Herr Steng lobte die hohe Mitgliederzahl an den Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg im Verband der Verwaltungsbeamten und hofft weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit. *Alexander Bourke*

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng zum Antrittsbesuch in Kehl



Antrittsbesuch des Verbandsvorsitzenden Steng (2. von links) an der FH Kehl mit Rektor Prof. Hans-Jürgen Sperling (links), Prorektor Prof. Paul Witt (2. v. rechts), Alexander Bourke (rechts)

Bürgermeister - eine Alternative für junge Verwaltungsfachleute?!

Rund 60 Studierende der Fachhochschule Kehl nahmen im Dezember an einem von Prorektor Prof. Paul Witt organisierten Seminar zum Thema "Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister - eine Alternative für junge Verwaltungsfachleute?!" teil. Für die Vorträge konnten fünf externe Referenten aus der Verwaltungspraxis gewonnen werden.

Im ersten Teil sprach Uwe Eisch, Bürgermeister der Gemeinde Gaienhofen, zum Thema "Der Beruf des Bürgermeisters". Anhand seiner eigenen, vor sechs Jahren als Kehler Student im Rahmen der Diplomarbeit durchgeführten Bürgermeisterbefragung stellte er den Studenten den Posten des Schultes aus Sicht der befragten Bürgermeister dar. Auf reges Interesse stieß bei den Studenten seine eher ungewöhnliche Biographie: nach 18 Jahren Bundeswehr und dem Dienstgrad eines Majors zurück auf die Schulbank der FH und dann binnen eines Jahres auf den Bürgermeistersessel.

Ulrike Binninger, ihres Zeichens Bürgermeisterin der Stadt Nufringen, übernahm den Vortrag "Bürgermeisterin - eine Chance für Frauen?". Die Kehl-Absolventin des Jahrgangs 1991 durchlief zunächst mehrere Stellen im Landratsamt Böblingen (u.a. Kämmererei, Abfallbetriebe, Rechtsamt, Hauptamt), bevor sie schließlich im Februar 2002 in Nufringen zum Stadtoberhaupt gewählt wurde. Sie berichtete aus ihren eigenen Erfahrungen als Frau im Wahlkampf und

machte insbesondere den Studentinnen Mut zur Alternative Bürgermeister.

"Ist der Beruf des Bürgermeisters auf Dauer attraktiv?" Mit dieser Frage beschäftigte sich der Landrat des Ortenaukreises und frühere Bürgermeister von Renchen, Klaus Brodbeck, der als Absolvent von 1977 bis heute der Fachhochschule Kehl eng verbunden ist und 1. Vorsitzender des "Vereins der Freunde der Fachhochschule Kehl" ist. Von ihm erhielten die Studenten zahlreiche Tipps für den Wahlkampf, garniert mit manch lustiger Anekdote aus 19 Jahren Wahlamt.

Am zweiten Seminartag machte Prof. Witt den Auftakt und verglich in seinem Vortrag die Wehling-Studie von 1982 mit der Eisch-Studie von 1997 und der Roth-Studie von 1995. Witt ging aus wissenschaftlicher Sicht auf den Beruf des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin ein.

Im Anschluss referierte Lars Brügner, Amtsrat beim Gemeindeverwaltungsverband Denzlingen-Vörstetten-Reute, zum Thema "Wie sieht die Besoldung, Versorgung und rechtliche Stellung des Bürgermeisters in Baden-Württemberg aus?". Die Teilnehmer/-innen stellten hierbei fest, dass die in den vorangehenden Vorträgen geschilderten zeitlichen, familiären und psychischen Belastungen durchaus einen finanziellen Ausgleich erfahren. Dennoch wurde die Gefahr einer Nicht-Wiederwahl nicht außer Acht gelassen.

Die "Motivation und Vorbereitung einer Kandidatur" war letztes Thema des Seminars. Referent Norbert Roth war 28 Jahre lang Bürgermeister der Stadt Hechingen. Seine einzigartige Erfahrung gibt er als Lehrbeauftragter der

Fachhochschule Ludwigsburg bis heute an potenzielle Bürgermeisterkandidaten weiter und ist darüber hinaus Herausgeber der "Roth-Studie". In seinem Vortrag schilderte er die positiven und negativen Aspekte des Berufsbildes Bürgermeister und betonte, dass man sich über seine eigenen Motive klar werden müsse. Wenn man das Feuer für den Job des Bürgermeisters jedoch in sich spüre, dann solle man nicht zögern anzutreten, ermutigte er die Studenten. Anschließend folgten noch Ratschläge zur Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes.

Als Fazit des Seminars lässt sich festhalten, dass zwar jeder individuell entscheiden muss, ob das Wahlamt des Bürgermeisters tatsächlich eine Alternative zum klassischen Verwaltungsjob darstellt, nimmt man jedoch das Interesse der Studierenden am Seminar als Gradmesser, so scheint diese Alternative einigen die Überlegung wert zu sein - das Seminar wird wegen der großen Zahl der interessierten Studenten im März nochmals angeboten.

Johannes Züfle



Der Beruf des Bürgermeisters ist sicherlich eine gute Alternative für Studierende

Fachhochschule Ludwigsburg

Studierende des Wahlpflichtfachs Familienrecht zu Besuch im Weraheim

Am 6.12.04 besichtigten die Studierenden des Wahlpflichtfachs zusammen mit Herrn Klaißle und Prof. Ziegler das Weraheim in Stuttgart, in dem sich die einzige Babyklappe in Stuttgart befindet.

Die Leiterin des Weraheims Carola Martin informierte die Gruppe über Aufgaben, Probleme und die dort betreuten Personen. Das Weraheim ist eine Einrichtung für Schwangere, Mütter und ihre Kinder, die aufgrund persönlicher und familiärer Probleme eine intensive sozialpädagogische Betreuung benötigen. Die Bewohner, Sozialarbeiter/-innen und der Kostenträger legen durch gemeinsame Gespräche die individuelle Hilfe fest.

Gegründet wurde diese Einrichtung im Jahre 1890 von der Herzogin Wera als "Kirchliche Stiftung Zufluchtstätten in Württemberg". Dies geschah, nachdem bekannt wurde, dass eine überforderte Mutter ihren Säugling in eine Bahnhofstoilette in Stuttgart geworfen hatte.

Die Angebote des Weraheims umfassen:

- ◆ Innenwohngruppen
- ◆ Ambulant betreutes Wohnen
- ◆ Inobhutnahme
- ◆ Notaufnahme
- ◆ Kinderkrippe
- ◆ Stuttgarter Babyberatung
- ◆ Prager Eltern-Kind-Programm (PEKiP)
- ◆ Babyklappe

Die Bewohnerinnen der Innenwohngruppen sind junge Mütter. Sie werden bei individuellen Problemen und sozialen Schwierigkeiten von den Sozialarbeiter/-innen beraten und betreut. Auch helfen die Mitarbeiter bei der Pflege, Ernährung und Erziehung des Kindes. Die Partner der Frauen werden auch mit einbezogen und dürfen an den Wochenenden im Heim übernachten. Die Einbeziehung der Väter ist für das Weraheim von erheblicher Bedeutung, da dem Wunsch der Frauen nach Partnerschaft Rechnung getragen werden soll.

Betreutes Wohnen wird für Mütter und Väter angeboten, die größtenteils ihren Lebensalltag selbst bewältigen können. Sie werden von Sozialpädagogen/-innen betreut, um persönliche und soziale Schwierigkeiten zu überwinden und um ihre erzieherischen Fähigkeiten zu stärken. Das PEKiP ist eine Entwicklungsbegleitung für Eltern mit ihren Babys im ersten Lebensjahr.

Das Hauptinteresse der Studierenden galt jedoch der Babyklappe. Diese wurde am 3. April 2002 eingerichtet. Hier können Mütter, die sich in einer ausweglosen Situation sehen, ihr neugeborenes Kind anonym abgeben.

Legt die Mutter das Baby in die Babyklappe, wird die Mitarbeiterin über ein Warnsystem

informiert, die daraufhin das Kind in Obhut nimmt und es in eine Klinik bringt. Das Baby wird sofort einer medizinischen Untersuchung unterzogen. Anschließend wird das Jugendamt verständigt, das zunächst eine Pflegefamilie vermittelt. In der Babyklappe liegt ein Informationsblatt aus, das in verschiedenen Sprachen auf die vorhandenen Hilfsangebote hinweist.

Auf die Frage, welche Mütter ihr Kind abgeben, erklärte Frau Martin, dass dies schwierig zu beurteilen sei. Die meisten Mütter seien wohl sehr jung und können weder vom Vater noch ihrer Familie Unterstützung bekommen. Doch es seien viele verschiedene Gründe denkbar, über die nur spekuliert werden könne. Die Zahl der Kinder, die in der Babyklappe in Stuttgart abgegeben werden, ist insgesamt gering. Seit Einrichtung der Babyklappe wurden 5 Kinder abgegeben.

Nach der Informationsveranstaltung wurde den Studierenden die Möglichkeit geboten, die Babyklappe aus der Nähe zu begutachten.

Ludmilla Ratter



Die Studierenden des Wahlpflichtfachs mit der Leiterin des Weraheims, Frau Carola Martin, Herrn Klaißle und Prof. Ziegler

Diplomarbeitsthemen ausgeben

Für die Studierenden des Hauptstudiums begann am 2. Dezember 2004 mit der Ausgabe der Diplomarbeitsthemen eine entscheidende Phase ihres Studiums. Denn Voraussetzung für das Bestehen der Staatsprüfung ist gem. § 38 Abs. 2 Nr. 3 APrOVwGD, dass die Diplomarbeit mit der Note "ausreichend" (4,0 Punkte) bewertet wird. In der dreimonatigen Bearbeitungszeit (davon ist ein Monat vorlesungsfrei) wird von den Studierenden erwartet, dass sie "die Fähigkeit zur selbstständigen Bearbeitung eines Problems aus dem Wahlpflichtfach nach wissenschaftlichen Methoden zeigen" (§ 36 Abs. 1 APrOVwGD). Die Themen der Diplomarbeiten sind weit gespannt und geben einen guten Überblick über die Forschungsschwerpunkte der Hochschule.

Beispielhaft hierfür ist folgender Auszug aus der Liste der Diplomarbeitsthemen:

- Die Strafbarkeit der Unterhaltspflichtverletzung gem. § 170 StGB
- Kostenersatz für Einsätze der Polizei
- Führung und Motivation der Mitarbeiter/-innen in der öffentlichen Verwaltung

- Die Haftung des Beistands
- Notwendigkeit des Unterhaltsvorschusses in Zeiten knapper Kassen
- Kommunale Internetauftritte - Möglichkeiten, Sinn und Grenzen der Gestaltung
- Die Vaterschaftsanechtung durch den biologischen Vater
- Problematik des Freizeitlärms bei öffentlichen Sportanlagen und Sportgelegenheiten
- Der Konflikt zwischen Denkmalschutz und der Pflicht zu "barrierefreiem" Bauen
- Die Problematik der Privatisierung kommunaler Betriebe - dargestellt am Beispiel der Abwasserbeseitigung der Stadt Bietigheim-Bissingen

Besonderer Wert wird in allen Wahlpflichtfächern auf den Praxisbezug der Themen gelegt. Darüber hinaus hat sich auch die Zahl der Praktiker vergrößert, die als Betreuer und Korrektoren der Diplomarbeiten gewonnen werden konnten. So wirken an den Erst- und Zweitkorrekturen der 32 Diplomarbeiten im Wahlpflichtfach "Familienrecht im Arbeitsfeld Jugendamt - Beistandschaften/Vormundschaften/Pflegschaften" über 30 Praktiker mit, die 84 % der Korrekturen übernehmen.

Stephanie Penka

270 Studierende im Grundstudium wählten ihre Wahlpflichtfächer und Proseminare via Internet

270 Studierende im Grundstudium aus den Studiengängen Innenverwaltung, Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung standen im Dezember vor der Wahl ihrer Wahlpflichtfächer. Sie mussten sich aus einem breit gefächerten Angebot zwischen immerhin 27 verschiedenen Wahlpflichtfächern entscheiden. Aufgrund des transparenten und flexiblen Internetauswahlverfahrens, bei dem die Studierenden die Belegungsquoten aktuell im Internet mitverfolgten, konnten sich immerhin 234 Studierende, das sind 87 %, in das Wahlpflichtfach ihrer ersten Wahl erfolgreich einschreiben. Lediglich 36 Studierende mussten wegen der zu geringen Nachfrage einzelner Angebote oder wegen deren Überbelegung auf die Zweitwahl ausweichen.

Studierende der Innenverwaltung wählten zudem auch ihren Studiengang. Ähnlich wie in den Vorjahren entschieden sich rund 60 % oder 115 Studierende für den V-Zweig, während rund 40 % oder 76 Studierende dem W-Zweig den Vorzug gaben.

Vorangegangen war ein Veranstaltungsmarathon, bei dem die Studierenden durch die betreuenden Dozenten über Inhalte und Ziele der einzelnen Wahlpflichtfachangebote, aber auch über die Bedeutung und die Inhalte der beiden Studiengänge V und W in der Innenverwaltung, umfassend informiert wurden.

Letztlich werden im Studienjahr 2006/2007 insgesamt 16 Wahlpflichtfächer stattfinden,

einige davon in Doppeldurchgängen, in denen dann bis März 2007 auch die Diplomarbeiten zu schreiben sind. Einen Überblick über das sehr breite Spektrum der Wahlpflichtfächer an der FH Ludwigsburg vermittelt die nachfolgende Aufstellung. Die FH richtet die dringende Bitte an die Praxis, die Studierenden bei ihrer Suche nach geeigneten Diplomarbeitsthemen, aber auch bei der Recherche zu den Diplomarbeiten zu unterstützen. Zwar ist die Betreuung der Diplomandinnen und Diplomanden sicherlich mit Aufwand verbunden, die Erfahrung zeigt jedoch, dass gerade der sehr engagierte und motivierte Einsatz der Studierenden für die Praxis hochinteressante und durchweg nutzbringend verwertbare Ergebnisse erbringen kann und sich die Unterstützung der Studierenden daher sehr wohl lohnt.

Die Praktiker sind deshalb aufgerufen: Sprechen Sie einfach die Studierenden während ihres Praxisjahres auf das Wahlpflichtfach und interessante Diplomarbeitsthemen an - oder wenden Sie sich an die Dekanate der Fachhochschule. Ansprechpartner finden Sie unter www.fh-ludwigsburg.de. Dort finden Sie auch aktuelle Informationen über die Wahlpflichtfächer (Schlagwort Wahlpflichtfächer).

Das mittlerweile schon im zweiten Jahr verwendete Online-Wahlverfahren basiert im Übrigen auf den Standards php und mysql und ist eine Eigenentwicklung der Fachhochschule Ludwigsburg. Beteiligt waren hieran insbesondere Alexander Schwarz, Absolvent des W-Zweigs, Programmierung, Datenmodell und Design, sowie Prof. Peter Schilling, Datenmodell, Design und technisches Konzept, sowie Prof. Wolfgang Rieth, Koordination und organisatorisches Konzept.

In 2004 wurde dieses Verfahren auch auf die Proseminarwahl mit entsprechendem Erfolg angewandt. Aufgrund der Vorteile für die Studierenden und der messbaren Einsparung von Verwaltungs- und Organisationsaufwand ist eine Ausweitung auf alle mitarbeitensintensiven Wahlveranstaltungen vorgesehen.

Die Wahlpflichtfächer 2006/2007 (derzeitiger Stand) im Überblick:

- 1 Umweltschutz im Spannungsfeld wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Interessen/Umweltpolitik und Umweltrecht in der EU: Prof. Rieth; RA Dr. Kothe
- 2 Jugend und Jugendarbeit -Herausforderung für Staat und Gesellschaft: Prof. Vondung; Prof. Dr. Vollmer
- 3 Gesellschaft im Wandel: Prof. Berndt; Prof. Dr. Kohler-Gehrig; Prof. Dr. Loos; Frau Rettig M.A.
- 4 Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökologie, Ökonomie, Soziales - Entwicklung, Strukturen, Probleme: Prof. Dr. Rath; Prof. Brändle; Lt.MR Bühler
- 6 Krankenhausmanagement: Prof. Dr. Kirchoff; Prof. Dr. Vollmer; Prof. Steck
- 8 Aktuelle polizeirechtliche Probleme: Prof. Buchfink; Prof. Mußmann

- 10 Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung: Prof. Dr. Reschl; Dr. Rogg
- 11 Neue Herausforderung an das Personalmanagement aus rechtlicher (insbesondere beamtenrechtlicher Perspektive in der Kommunal- und Landesverwaltung Baden-Württemberg / Die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg: Die Umsetzung der Umorganisation aus personalrechtlicher, organisatorischer und sozialwissenschaftlicher Sicht: Prof. Raviol; Prof. Pfeifer; Prof. Dr. Hopp; Prof. Dr. Schäfer
- 14 Kultur- und Sportmanagement - Politik, Recht, Organisation und Finanzen im Kultur- und Sportbereich: Prof. Dr. Hübner; Prof. Dr. Kohler-Gehrig; Prof. H.-P. Schmitt
- 15 Sozialverwaltung im Wandel: Prof. Diebold; Prof. Vondung
- 16 Innovation, Führung und Management in Kommunen und öffentlichen Betrieben: Prof. Dr. Kirchoff; Prof. Dr. Vollmer; Prof. Steck
- 17 Konfliktmanagement: Diplomverwaltungswirtin Falkenberg; Prof. Ziegler
- 18 Finanzmanagement in öffentlichen Gebietskörperschaften und ihren Unternehmen: Prof. Ade; Prof. Rieth
- 22 Ausgewählte privatrechtliche Fragen sowie Probleme aus dem Bereich der Vermögensverwaltung des Landes Baden-Württemberg oder anderer öffentlichrechtlicher Einrichtungen: Prof. Hufnagel
- 24 Unternehmensführung in der öffentlichen Wirtschaft: Prof. Bähr; Prof. Hieber; Prof. Dr. Müller-Hedrich
- 27 Private und betriebliche Risikovorsorge: Prof. Dr. Erwe

Prof. Wolfgang Rieth

"Führungskräfte zwischen Verwaltungspflichten und Menschsein"

Das war der Titel eines eintägigen Seminars, das Anfang Dezember unter der Regie von Prof. Eberhard Ziegler und Studentenpfarrer Ulf Pomeranke durchgeführt wurde.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren wurden dabei Führungspersönlichkeiten aus öffentlicher Verwaltung und Kirche eingeladen. Der dadurch zustande kommende Dialog zwischen diesen beiden Bereichen hat sich schon mehrfach als sehr fruchtbar erwiesen. Das liegt ja auch nahe, wenn es um Themen geht wie Ethik, Grundwerte, Menschenbild, Führungsverantwortung, etc.

Erfreulich war auch, dass das Seminar in kürzester Zeit ausgebucht und dann auf eine Größe von über 50 Teilnehmern ausgeweitet werden konnte. Als besondere Überraschung und Bereicherung erwies es sich darüber hinaus, dass sich Rektor Prof. Goller die Zeit genommen hatte, an dem Seminar teilzunehmen und somit als kompetenter Gesprächspartner den ganzen Tag zur Verfügung stand.

Als Führungskraft aus dem Bereich der Kirche und als ersten Referenten dieses Tages konnten wir Herrn Dekan Rabus gewinnen. Er schilderte zunächst die Struktur des Ludwigsburger Kirchenbezirks, dem er als Dekan vorsteht, sowie seine Funktionen als Vorgesetzter von 65 Pfarrern und zahlreichen anderen Angestellten in Kindergärten, sozialen Einrichtungen und kirchlicher Verwaltung. Hochinteressant waren seine Ausführungen über den von ihm praktizierten Führungsstil. Von überragender Bedeutung ist demnach die Fähigkeit, Kontakte zu knüpfen und in kompetenter Weise zu kommunizieren. Repräsentieren - vernetzen - informieren: das sind die kommunikativen Hauptaufgaben eines Dekans.

Das Ziel, das Herr Rabus dabei im Umgang mit seinen Mitarbeitern verfolgt, besteht im Herauslocken und Entfalten der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen. Insofern vergleicht er seine Rolle mit der einer Hebamme, die eine andere Person dabei unterstützt, das eigene Potenzial ans Licht der Welt zu bringen.

Weitere Leit-Bilder für Führung, die Herr Rabus der Bibel entnimmt, sind das des Heerführers (die Richtung weisen und vorangehen), des Weisen und Schlichters (Leiten durch Ratgeben und Ausgleichen) sowie das Bild des Hirten (Zusammenhalten, Verantwortung und Fürsorge übernehmen).

Die ethische Grundhaltung, von der er sich bei seiner Arbeit leiten lässt, besteht in dem Glauben, dass ein Mensch "größer" ist als "vom Scheitel bis zur Sohle". Das heißt, der Mensch ist mehr als die Summe seiner Leistungen und Fehler, mehr als die Summe seiner Erfolge und Misserfolge. Er hat eine Würde, die weit über das hinausreicht, was er von sich in seiner beruflichen Tätigkeit verwirklicht. Macht man sich das als Führungskraft klar, wird man entsprechend respektvoll mit seinen Mitarbeitern umgehen.

Im Anschluss daran referierte Herr Ewald, der vor wenigen Monaten neu gewählte Bürgermeister von Bad Urach. Herr Ewald hat eine für einen Bürgermeister eher ungewöhnliche Laufbahn hinter sich. Er kommt nämlich aus der Wirtschaft. Genauer gesagt hat er viele Jahre für große Firmen im In- und Ausland gearbeitet, sowohl im Vertrieb als auch in der firmeninternen Schulung von Führungskräften und in der Organisationsentwicklung. Diesen Erfahrungsschatz bringt er nun auch mit großem Erfolg in sein neues Tätigkeitsfeld als Bürgermeister ein.

Zu diesen Erfahrungen gehört zum Beispiel die Erkenntnis, dass eine gelingende Kommunikation und eine gute Teamarbeit absolute Priorität haben für das erfolgreiche Arbeiten einer Organisation. So hat Herr Ewald bereits kurz nach Antritt seiner neuen Stelle einige Maßnahmen auf diesem Gebiet ergriffen: Auf einem Klausurwochenende des Gemeinderates wurde an einer Verbesserung der Kommunikation gearbeitet sowie die gegenseitigen Beziehungen und der vertrau-

ensvolle Umgang miteinander gestärkt. In ähnlicher Weise wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Amtsleiter verbessert. Bei dieser "Beziehungsarbeit" kamen auch externe Moderatoren und Trainer zum Einsatz. Mit den Führungskräften im Bereich der Ura-cher Verwaltung hat Herr Ewald außerdem ausführliche Einzelgespräche geführt. Solche Investitionen in menschliche Beziehungen könnten in ihrem Wert gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Und sie würden sich schon relativ schnell auszahlen in Gestalt einer spürbar höheren Motivation der Mitarbeiter und durch deutlich weniger Reibungsverluste innerhalb der Organisationsabläufe.

Seine eigene Aufgabe sieht Herr Ewald sehr stark darin, den Mitarbeitern und den Bürgern Wertschätzung zu geben und Vertrauen aufzubauen. Das könne zum Beispiel auch dadurch geschehen, dass man eigene Fehler, Schwächen und Ängste eingestehe, den Menschen wirklich zuhöre und sich ein ehrliches Feedback geben lasse. Wer Vertrauen gewonnen habe, der würde einem auch Fehler verzeihen. Wichtig sei es auch, den Menschen die nötige Zeit für anstehende Veränderungen einzuräumen.

Mit einem ausführlichen Bericht über seinen Wahlkampf und einem kleinen Einblick in seinen aktuellen Terminkalender machte Herr Ewald auch deutlich, wie breit und vielfältig das Tätigkeitsfeld eines Bürgermeisters ist. Es ist ein faszinierender Beruf, der einem hohe persönliche Zufriedenheit bringen kann. Vorausgesetzt man geht gerne auf andere Menschen zu, hat Lust am Gestalten und scheut sich nicht, auch an manchen Abenden und Wochenenden "im Dienst" zu sein.

Den dritten und letzten Part dieses eintägigen Seminars übernahm Frau Dr. Stöckle, Regiergungsdirektorin im Innenministerium. Auch sie berichtete von ihrem Wahlkampf, den sie dieses Jahr in Weil der Stadt geführt hat. Sie ist zwar nicht gewählt worden, hat aber dennoch dabei viele Erfahrungen gemacht, die sie nicht missen möchte. Und es ist ihr ein besonderes Anliegen, vor allem Frauen dazu zu motivieren, eine Führungsposition zu übernehmen bzw. eine Stelle als Bürgermeisterin anzustreben.

Bei solch einem Schritt sei es von entscheidender Bedeutung, dass das familiäre Umfeld "stimmt", das heißt, dass die Familie beispielsweise die Entscheidung, für eine Bürgermeisterstelle zu kandidieren, voll mitträgt. Anders sei das nämlich nicht zu machen. Denn die Anforderungen in einer Führungsposition hinsichtlich Arbeitszeit und Terminplanung tangieren immer auch die Familie. Wenn eine Bürgermeisterin ständig das Gefühl habe, ihre Kinder zu vernachlässigen und mit einem notorisch schlechten Gewissen arbeite, sei das auf Dauer nicht durchzustehen.

Nach ihrem Vortrag forderte Frau Dr. Stöckle die Studierenden auf, selber in Kleingruppen ihre Gedanken und Ideen zum Thema zusammenzutragen. So entstanden sehr interessante Profile davon, was man sich von einer guten Führungspersönlichkeit wünscht und was nicht.

Pfarrer Ulf Pomeranke

VdV- Jugendvertretung

DVG-Jugendsitzung in Baden-Württemberg

Der Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg e.V. war vom 26. bis 28. November 2004 Gastgeber des Bundesjugendausschusses der DVG-Jugend. Diese Sitzung fand in Mosbach statt.

Bei dieser Veranstaltung treffen sich die Jugendvertreter der Beamtenverbände aller Bundesländer, um Informationen auszutauschen und Themen zu besprechen, welche die jungen Beamten im gesamten Bundesgebiet betreffen. Besonderer Höhepunkt der Sitzung war das Treffen mit dem neu gewählten VdV-Vorsitzenden Wolfgang Steng.

Bereits am Freitagnachmittag begann die Sitzung; die letzten Beschlüsse wurden am Sonntagmittag gefasst. Nach den allgemeinen Formalien wurde insbesondere das Eckpunktpapier "Neue Wege im öffentlichen Dienst" aus Sicht der Nachwuchsbeamten beleuchtet.

Die Landesjugendvertreter stellten am Samstagvormittag die aktuelle Lage in den verschiedenen Landesverbänden vor. Insbesondere wurde hierbei der Aspekt der Mitgliederwerbung bei den jungen Beamten problematisiert. Ein interessanter Punkt war dazu die zum Teil geringe Zahl der jährlich neu auszubildenden Beamten in den einzelnen Bundesländern.

Am Nachmittag wurde dann der Vorsitzende des VdV Wolfgang Steng durch den Bundesjugendleiter der DVG-Jugend Thomas Löwe begrüßt. Herr Steng bedankte sich für die Einladung und stellte den teilnehmenden Jugendvertretern sich und die besondere Situation des Landes Baden-Württemberg im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform vor.

Im weiteren Verlauf wurde der Bundesjugendtag der DVG-Jugend am 9. Juni 2005 in Würzburg vorbereitet. Die Veranstaltung soll unter dem Motto "Zukunft aktiv gestalten - Chancen sichern" alle jungen Beamten ansprechen.

Die nächste Sitzung des Bundesjugendausschusses der DVG-Jugend findet im April 2005 in Magdeburg statt.

Zum Abschluss dieses Berichts möchte ich den Studierenden der Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg viel Erfolg für die anstehenden Diplomarbeiten wünschen.

Eure Jugendvertreterin Michaela Specht

Studierende gehören in den VdV

www.vdv-bw.org

Bücher

Geheim-Code Arbeitszeugnis

So verbessern Sie Ihre Berufs- und Verdienstmöglichkeiten spürbar

Heinz-Wilhelm Vogel

12., aktualisierte Auflage, 128 Seiten, Paperback, 8,95 €

Walhalla-Fachverlag, Berlin

Nicht jeder Arbeitnehmer, der ein "gutes" Zeugnis erhält, kann sich auch darüber freuen. Hinter scheinbar vorteilhaften Formulierungen verstecken sich oft recht dürftige Beurteilungen. Die Bewertung des Beschäftigten im Zeugnis aber kann für dessen späteres berufliches Fortkommen ausschlaggebend sein.

Aus dem Inhalt: Warum ein Arbeitszeugnis für Sie so wichtig ist; Wann Sie ein Arbeitszeugnis verlangen können; Welche Art von Zeugnissen Sie unterscheiden müssen; Kriterien, auf die es für Sie entscheidend ankommt; Was Leistungsbeurteilungen im Klartext bedeuten; So entschlüsseln Sie Angaben über Ihr Sozialverhalten; Was sich hinter der Schlussformulierung wirklich verbirgt; So setzen Sie Ihre Interessen erfolgreich durch.

Anhand von 20 Beispielfällen werden typische Zeugnisse analysiert und kommentiert. Ausgefeilte Checklisten helfen, Form und Inhalt des eigenen Zeugnisses zu kontrollieren und gegebenenfalls zu beanstanden.

Fazit: Nur wer zwischen den Zeilen seines Zeugnisses zu lesen versteht, kann sich gegen eine unvorteilhafte oder sogar ungerechte Beurteilung wehren und seine Verdienstmöglichkeiten bei einem Arbeitsplatzwechsel sichern.

Allgemeines Verwaltungsrecht

Schweickhardt/Vondung

Die Autoren sind Professoren und Lehrbeauftragte der FH Kehl und Ludwigsburg sowie Rechtsanwältin und Verwaltungspraktiker

8. Auflage, XXVIII, 488 Seiten, kartoniert, 32 €

Herausgeberin: Professorin Vondung

Kohlhammer-Verlag, Stuttgart

Das nunmehr in 8. Auflage weiterentwickelte Lehrbuch stellt das Allgemeine Verwaltungsrecht systematisch dar und verdeutlicht es durch zahlreiche Beispiele aus der Verwaltungspraxis. Weiterhin werden das Datenschutz-, Staatshaftungs-, Verwaltungsvollstreckungsrecht, das Recht der öffentlichen Sachen und der Europäischen Union in eigenen Kapiteln erläutert. Die 8. Auflage ist um den Bereich "Rechtsschutz" ergänzt worden und berücksichtigt auch innerhalb der anderen Kapitel den verstärkten Einfluss des Europarechts. Jedes Rechtsgebiet wird durch Wiederholungsfragen zur Lernkontrolle und Vertiefungshinweise abgeschlossen. Das Werk dient damit, insbesondere an Verwaltungsfachhochschulen, der Prüfungsvorbereitung und über das Stichwörterverzeichnis auch als Nachschlagewerk für die Praxis.

Umschau im Land

Kreisverband Alb-Donau-Kreis

Einladung zur Kreisversammlung

Die nächste Kreisversammlung des Alb-Donau-Kreises findet am Donnerstag, den 14. April 2005 nachmittags um 17.30 Uhr in Ulm statt.

Unter anderem sind als Tagesordnungspunkte vorgesehen:

1. Reform des öffentlichen Dienstrechts
2. Berufspolitische Entwicklung im Land
3. Aus der Arbeit des VdV Baden-Württemberg
4. Neuwahlen des Kreisvorstands

Bereits jetzt wird auf diese Versammlung hingewiesen, mit der Bitte, sich den Termin vorzunehmen. Gesonderte Einladung erfolgt noch.

Kreisverband Göppingen

Bericht über die Kreisversammlung beim Zweckverband Landeswasserversorgung Langenau

Grundwasser ist unser kostbarster Schatz im Untergrund. Dies war das Thema unseres Begleitprogramms zur Kreisversammlung am 3.9.2004. Frau Hövelborn vom Zweckverband Landeswasserversorgung begrüßte die Teilnehmer im Wasserwerk Langenau. Sie lud uns zu einer einzigartigen Ausstellung "Erlebniswelt Grundwasser" ein. Wir erfahren, woher das Wasser kommt, wie viel es davon gibt, wo wir es finden, wie wir es nutzbar machen und vor Gefahren schützen können. Es gab viel Interessantes zu sehen. Außerdem lud der Zweckverband die Teil-

nehmer zu einem kleinen Imbiss ein. Nochmals herzlichen Dank!

Folgende Punkte standen bei der Kreisversammlung auf der Tagesordnung:

- ◆ Referat des Verbandsvorsitzenden Rolf Wieser über berufspolitische Themen (Vertretung durch Herrn Detloff)
- ◆ Ehrungen
- ◆ Verschiedenes.

Frau Binder-Bestle begrüßte die Teilnehmer und teilte die anstehenden Änderungen im VdV mit. Geschäftsführer Elmar Bayer wird im September 2004 in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger ist Harald Gentsch. Verbandsvorsitzender Wolf Wieser steht nicht zur Wiederwahl bereit. Als einziger Nachfolgekandidat wurde Wolfgang Steng genannt.

Herr Detloff hat in Vertretung von Herrn Wieser das Referat über die berufspolitischen Themen gehalten. Inhalt war u. a. die Änderung der Besoldung, Abschaffung des Beamtenstatus und die weiteren geplanten Kürzungen in der Besoldung.

Acht Personen standen auf der Jubilarliste.

25 Jahre: Günther Pfeiffer, Valentin Maichl

40 Jahre: Ernst Zwies, Gerhard Rieker, Gebhard Mangold

50 Jahre: Eckhart Pohlman

70 Jahre: Fritz Widmann, Eduard Kley

Leider konnten nicht alle Jubilare an der Kreisversammlung teilnehmen. Den Nichtteilnehmern gingen die Urkunden durch die Geschäftsstelle zu.

Die Kreisvorsitzende bedankte sich nochmals bei Herrn Bürgermeister Walter, der es ermöglicht hatte, dass die diesjährige Kreisversammlung in den Räumen der Landeswasserversorgung stattfinden konnte.

Rita Binder-Bestle



Jürgen Detloff, Gebhard Mangold, Eckhart Pohlman, Rita Binder-Bestle, Valentin Maichl, Rainer Goll (v.l.)

Kreisverband Rottweil

Einladung zur Kreisversammlung

Zu einer weiteren Kreisversammlung lade ich hiermit alle Mitglieder sehr herzlich auf Mittwoch, den 2. März 2005 um 17.30 Uhr in das Nebenzimmer des Landgasthofs "Adler" in Zimmern o.R. ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Kurzbericht des Kreisvorsitzenden
3. Ehrungen
4. Referat unseres neuen Geschäftsführers Harald Gentsch mit dem Thema "Bericht zur aktuellen Lage"
5. Aussprache
6. Vier-Tage-Fahrt in das "Böhmische Riesengebirge"
7. Bekanntgaben
8. Anfragen
9. Verschiedenes

Ich bitte alle Mitglieder recht herzlich, unsere Kreisversammlung zahlreich zu besuchen, zumal unser neuer Geschäftsführer Harald Gentsch erstmals bei uns sein wird. Weiter bitte ich um zahlreiche Diskussionsbeiträge.

Gustav Kammerer

Kreisverband Stuttgart

Wegfall der Stellenobergrenzenverordnung

Mit der Veröffentlichung der neuen Stellenobergrenzenverordnung im Gesetzblatt Nr. 9/2004 wurden die kommunalen Stellenobergrenzen aufgehoben. Der Kreisvorsitzende und zugleich Bezirksvorsitzende des Regierungsbezirks Stuttgart unseres Verbandes Peter Launer hat bei Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster interveniert, der Personalverwaltung der Stadt den Auftrag zu erteilen, die neue Rechtslage schrittweise in einer konzeptionellen Vorgehensweise umzusetzen. Er erhielt folgende Antwort:

Schreiben des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart

Sehr geehrter Herr Launer, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Oktober 2004, in dem Sie die Landeshauptstadt Stuttgart auffordern, Maßnahmen zur schrittweisen Umsetzung der Möglichkeiten, die sich aus dem geänderten Stellenobergrenzenrecht für unsere Beamtinnen und Beamten ergeben, zu ergreifen.

Das Haupt- und Personalamt hat schon seit Mitte des Jahres begonnen, die Grundlagen für eine konzeptionelle Vorgehensweise zu erheben. Auch hinsichtlich der Zielsetzung, zum nächsten Doppelhaushalt einen Einstieg zur Anpassung der im Stellenplan ausgewiesenen Beförderungssämter an schon vorhandene höhere Dienstpostenbewertungen zu finden,

sehe ich keine Differenzen mit Ihren Ständesvertretungen. Allerdings habe ich kein Verständnis für Ihre Wortwahl im genannten Schreiben, wenn Sie der Landeshauptstadt Stuttgart schuldhaftes Verhalten unterstellen.

Sie wissen, dass die Landeshauptstadt sich stets für die Lockerung der früheren Stellenobergrenzen bei der Landesregierung eingesetzt hat. Ihnen ist ebenfalls bekannt, dass die Stadtverwaltung im Stellenplan allen Handlungsspielraum, der ihr innerhalb des geltenden Obergrenzenrechts verblieb, im Sinne der Beamtinnen und Beamten genutzt hat. Dazu sollten Sie noch anerkennen, dass der Gemeinderat nach der Aufhebung der Stellenobergrenzen des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes im Jahre 1992 stufenweise inzwischen insgesamt 139 Stellenhebungen in diesem Bereich beschlossen hat, obwohl die Haushaltslage immer wieder äußerst angespannt war.

Wie erwähnt ist das Haupt- und Personalamt derzeit dabei, sich einen Überblick über sämtliche Beamtendienstposten in der Stadtverwaltung, deren sachgerechter Bewertung, der ihnen im Stellenplan zugeordneten Planstelle und der Besoldung sowie des laufbahnrechtlichen Status des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin zu verschaffen. Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung zunächst prüfen, welche Maßnahmen sie mit den vorhandenen Möglichkeiten des geltenden Stellenplans in eigener Zuständigkeit zum Stellenplan 2006 ergreifen kann und welche darüber hinaus dem Gemeinderat bei den Stellenplanberatungen zum Doppelhaushalt 2006/2007 zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Hebungen von Beamtenstellen gehören ausnahmslos zur Entscheidungsbefugnis des Gemeinderats. Dieser wird sich bei seiner Beschlussfassung sicherlich ebenfalls von den Ausführungen der Landesregierung in der Begründung zur Änderung der Stellenobergrenzenverordnung leiten lassen, in denen es heißt: "Es ist im Rahmen der Beratung der jeweiligen Haushalte zu entscheiden, ob diese Obergrenzen ausgeschöpft werden oder nicht. Angesichts der Situation der öffentlichen Haus-

halte wird dabei die Notwendigkeit weiterer Haushaltskonsolidierung zu beachten sein." Ich bitte um Verständnis, dass die Stadtverwaltung dieses Thema zunächst noch intern behandelt. Das Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser strebt als nächstes an, dem Personalbeirat am 7. Dezember 2004 einen Überblick zur Stellensituation zu geben und dort auf dieser Basis mit den Vertreter(n)/-innen der Gemeinderatsfraktionen und der Personalvertretung das weitere Vorgehen zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Wolfgang Schuster

Sonderführung durch die Stiftskirche

Am Freitag, 21.1.2005, veranstaltete der Kreisverband Stuttgart eine Sonderführung durch die Stiftskirche. Die Teilnehmerzahl sprengte alle Rekorde, sodass insgesamt parallel drei Führungen durchgeführt wurden. Dennoch konnten leider nicht alle Interessenten berücksichtigt werden.

Die Stiftskirche ist Stuttgarts älteste evangelische Kirche. Sie besteht seit etwas mehr als 1000 Jahren. Die Anfänge liegen in einer Art Dorfkirche die über mehrere Umbauten, Einstürze und schließlich die Zerstörungen durch die Bombenangriffe und die somit erforderlichen Renovierungen und Modernisierungen zur heutigen Erscheinungsform führten. Unser Rundgang spannte einen Bogen vom ältesten Teil der Kirche über die Fundamente der damaligen Säulen, an deren Stelle heute die Leuchten von der Decke hängen, bis hin zu den Neuerungen im Zuge der letzten großen Umbauarbeiten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekamen von kompetenter Seite anschaulich und kurzweilig viel Hintergrundwissen vermittelt.

Die Veranstaltung stieß auf sehr positive Reaktionen, sodass unsere Mitglieder eine stattliche Spende an die Kirchengemeinde ermöglichen konnten.
Markus Flandi

Veranstaltungsprogramm Kreisverband Stuttgart

Führung durch das Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart am 11. März um 14.00 und 14.15 Uhr (zwei Gruppen je 60 Minuten)

Sie erreichen das Haus der Geschichte in der Konrad-Adenauer-Straße 16 mit folgenden öffentlichen Verkehrsmitteln: Stadtbahn: U 1, U 2, U 4, U 9, U 14 Haltestelle Staatsgalerie und mit dem Bus: Linien 40, 42, 43 ebenfalls Haltestelle Staatsgalerie.

Am 13. Dezember 2002 öffnete die Dauerausstellung des Hauses der Geschichte an prominenter Stelle in Stuttgarts Innenstadt ihre Pforten. Wenige Monate nach der Eröffnung hatten schon mehr als 100.000 Besucher das neue Museum zur Landesgeschichte besucht. Auf mehr als 200 qm Ausstellungsfläche wird in außergewöhnlicher Architektur die Landesgeschichte der letzten 200 Jahre dargestellt; ein Zeitraum, der wie kein anderer der südwestdeutschen Geschichte das Leben der Menschen verändert hat. Im Zentrum des Hauses steht zum einen die Geschichte der südwestdeutschen Regionen seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis heute; zum anderen schildern acht Abteilungen unterschiedliche Themenbereiche und deren Entwicklung in der Geschichte: vom Naturraum Schwarzwald über die Wirtschaft bis hin zur Wissenschaft.

Das Haus der Geschichte gehört zum städtebaulichen Ensemble des britischen Stararchitekten James Stirling an der Stuttgarter Konrad-Adenauer-Straße. Dessen Partner Michael Wilford und der Stuttgarter Manuel Schupp entwickelten das Gebäude weiter.

Bitte melden Sie sich an! Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Peter Launer, Kreisvorsitzender
Tel. 0711 216-7915
E-Mail: peter.launer@stuttgart.de

Ursula Höschele, stv. Kreisvorsitzende
Tel. 0711 279-3019
E-Mail: Ursula.Hoeschele@mwk.bwl.de

Markus Flandi, stv. Kreisvorsitzender
Tel. 0711 123-3760
E-Mail: flandi@sm.bwl.de

2005 - ein Jubiläumsjahr

2005, das neue Jahr, ist quasi ein Jubiläumsjahr, da vor 60 Jahren der mörderische Krieg zu Ende war. Seitdem ist uns - Gott sei gedankt! - beschieden, uns, unserem Volk, unserem Land, der Frieden.

Sicherlich ist es geboten, ist es sehr angebracht, dass man sich, rückschauend, Gedanken macht. Der Krieg hat heute noch, kaum mehr zu fassen, sichtbare, äußerst schmerzliche Spuren hinterlassen.

Leider gibt es nach wie vor und dies weltweit, mehr denn je, völkermordende Kriege, blutigen Streit. Dabei geht es häufig allein um die Gier zur Macht! Wird die Menschheit jemals zur Besinnung gebracht?

Otto Raisch

**Verwaltungsbeamtinnen und
Verwaltungsbeamte:**
**KOMPETENT
VERANTWORTUNGSBEWUSST
ZUKUNTSORIENTIERT**

Kreisverband Tübingen

Einladung zur Kreisversammlung am 9. März

Zunächst wollen wir in der Tübinger Kunstgalerie die Ausstellung "Bordell und Boudoir" (mit Führung) besichtigen. Die von Götz Adriani konzipierte Ausstellung ist bundesweit die erste, die sich diesem Themenschwerpunkt widmet und ist ausschließlich in Tübingen zu sehen. Es werden eine Fülle von eindrucksvollen Hauptwerken sowie eine Reihe selten gezeigter Arbeiten von Cézanne, Degas, Toulouse-Lautrec und Picasso vorgestellt.

Zur gemeinsamen Führung treffen wir uns am 9. März um 16.15 Uhr im Foyer der Kunsthalle in Tübingen, Philosophenweg 76 (Stadtverkehr Linie 5, 17 und 2/5). Bitte lösen Sie vorher Ihre persönliche Eintrittskarte (6 €). Für die Organisation bitte ich Sie, sich bei mir per E-Mail oder telefonisch bis zum 7. März für die Führung anzumelden. Die Führung ist für die angemeldeten Teilnehmer frei. Parkmöglichkeiten in der Umgebung der Kunsthalle finden Sie auf den ausgeschilderten Parkplätzen.

Der 2. Teil der Kreisversammlung findet um 18 Uhr im Saal des ca. 500 m entfernten Landgasthofs "Waldhäuser Hof" (Tel. 07071 64365) statt. Sofern eine Mitfahrmöglichkeit gewünscht wird, bitte ich, dies bei der Anmeldung zur Führung mit anzugeben. Die Kolleginnen und Kollegen, denen eine Teilnahme an der Führung in der Kunsthalle nicht möglich ist, mögen sich bitte im Waldhäuser Hof einfinden.

Für unsere Kreisversammlung ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Referat unseres neuen Verbandsgeschäftsführers Harald Gentsch zu aktuellen beamten- und berufspolitischen Themen
3. Ehrungen
4. Aussprache
5. Verschiedenes

Ich bitte Sie um rege Teilnahme an der Kreisversammlung. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich aktuell zu informieren und sich in die berufspolitischen Diskussionsfelder einzubringen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Anreise nach Tübingen und freue mich, Sie am 9. März persönlich begrüßen zu dürfen.

Hans Reibold

Studienlehrgang 1980

Absolventen des Jahrgangs 1980 der FHS Stuttgart aus der AG A/78 (Herdweg) bitte melden bei:

C. Nann, Tel. 0711 216-6240,
E-Mail: christa.nann@stuttgart.de.

Personalia

75. Geburtstag von Alfred Fetzer



Mit großer Freude konnten wir unserem ersten hauptamtlichen Geschäftsführer in der Geschichte unseres Verbandes, Kollegen Alfred Fetzer, zu seinem 75. Geburtstag gratulieren. Er feierte diesen bereits am 6. Januar dieses Jahres.

Alfred Fetzer hat das klassische Berufsleben eines gehobenen Verwaltungsbeamten in Württemberg geführt: Lehrzeit als Verwaltungskandidat auf dem Rathaus in Altbach/N. und beim Landratsamt Göppingen, Eintritt in der Verein der Württembergischen Verwaltungsbeamten, Besuch der Verwaltungsschule in Stuttgart mit erfolgreicher Staatsprüfung, Inspektor bei der Stadt Esslingen und bereits mit 26 Jahren Wahl zum Bürgermeister von Hohenstaufen, Gemeindereform mit Eingemeindung von Hohenstaufen nach Göppingen und damit auch Verlust des Bürgermeisteramtes, Tätigkeit in der privaten Versicherungswirtschaft und dann schließlich ab September 1972 bis zum 31. Dezember 1987 hauptamtlicher Geschäftsführer unseres Verbandes. Er wurde 1990 Ehrenmitglied. Er ist auch heute noch mit unserer Arbeit eng verbunden.

Wir haben ihm viel zu verdanken und sind ihm deshalb auch heute noch für seine Arbeit sehr dankbar. Wir wünschen ihm weiterhin eine gute Gesundheit, Freude und Zufriedenheit.

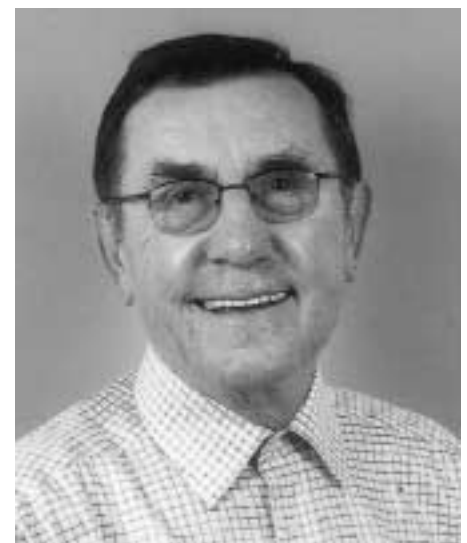
Albert Krämer feierte 80. Geburtstag

Im November 2004 konnte Kreisverwaltungsrat a. D. Albert Krämer in voller körperlicher und geistiger Frische in Rottweil seinen 80. Geburtstag feiern. Wenn man ihm begegnet oder mit ihm bei Veranstaltungen fachsimpelt, ist man einfach verblüfft, mit welcher jugendlichem Schwung er immer noch agiert und wie er und je glasklar argumentiert. Nie würde man ihm seine acht Jahrzehnte ansehen.

Im Rahmen seines 75. Geburtstages haben wir sein Wirken im öffentlichen Dienst ausführlich gewürdigt. Was damals von mir geschrieben wurde, gilt heute noch uneingeschränkt und soll daher nachfolgend nochmals auszugsweise dargelegt werden.

Albert Krämer war und ist einer der profiliertesten Kollegen des Kreisverbands Rottweil, der durch seine erfolgreiche Berufslaufbahn, insbesondere aber durch seine überragenden Kenntnisse im Gemeindefachrecht über die Grenzen seiner Heimatstadt Rottweil und über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden ist.

Nach Kriegsdienst (mit 17 1/2 Jahren wurde er eingezogen) und Gefangenschaft entschied er sich für die Ausbildung zum gehobenen württembergischen Verwaltungsdienst, die er 1951 mit sehr gutem Erfolg abschloss. Bereits 1955 übernahm er die Stelle des Verwaltungsaktuars in Oberndorf a. N., wobei zunächst 11, später dann 16 Gemeinden zu betreuen waren. Hier war er in seinem Element, denn im Gemeindefachrecht machte ihm so leicht keiner was vor. Als dann 1974 im Zuge der Kreis- und Gemeindereform die Verwaltungsaktuarate aufgelöst wurden, war dies für ihn ein harter Schlag nach 20-jähriger Aktuarstätigkeit. Ab 1975 bis zur Pensionierung vor 15 Jahren war er dann beim Landkreis Rottweil an verantwortungsvoller Stelle tätig.



Darüber hinaus hat Albert Krämer für die Ausbildung unseres Berufsnachwuchses unendlich viel getan. Schon 1951 gab er Vorkursunterricht im Steuerrecht, von 1962 bis 1990 unterrichtete er im Fachgebiet Gemeindefachrecht den Nachwuchs für den gehobenen und mittleren Verwaltungsdienst sowohl im Rahmen des Vorkurses und später des dienstzeitbegleitenden Unterrichts als auch von 1976 bis 1990 an der Staatlichen Verwaltungsschule in Haigerloch-Hart an zwei Klassen für den mittleren Verwaltungsdienst. An den kaufmännischen Schulen in Rottweil gab er von 1973 bis 1992 Unterricht in den Fachklassen für öffentliche Verwaltung.

Als eine große Leistung und Beweis seiner Sach- und Fachkompetenz darf auch die He-

rausgabe seiner dreibändigen Loseblattsammlung "Das Gemeindefinanzrecht für Baden-Württemberg" gewertet werden. Von 1990 bis 1995 war er auch als Lehrbeauftragter der Sächsischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Dresden, der Sächsischen Verwaltungsschule Frankenberg und der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen tätig. Seit 1992 gibt er das gleiche Standardwerk wie in Baden-Württemberg mit dem Titel "Das Gemeindefinanzrecht für den Freistaat Sachsen" heraus.

Als Rechnungssachverständiger für den Zweckverband "Wasserversorgung Kleiner Heuberg", als Mitglied im Gutachterausschuss mehrerer Gemeinden über Jahrzehnte hinweg hat er sich ebenfalls einen Namen gemacht. Seit 1990 bis heute ist er auch Vorsitzender des VdK-Ortsverbandes Rottweil/Zimmern o.R., ein weiterer Beweis seiner ungebrochenen Vitalität im "Unruhestand". So hat er in einem langen Berufsleben Praxis und Theorie zu einer Synthese verbinden können, die seine erfolgreiche Arbeit als sein Lebenswerk darstellt und krönt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

An seinem Ehrentag hat neben zahlreichen Gratulanten auch unser Verband nicht fehlen dürfen. Der Kreisvorsitzende Gustav Kammerer dankte ihm persönlich auch namens aller Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich für seine Lebensleistung, aber auch für seine nunmehr 54-jährige Treue und Verbundenheit zu unserem Verband, dessen Kreisversammlungen er auch heute noch regelmäßig besucht und stets lebhaft mitdiskutiert. Für die Zukunft wünschen wir ihm noch zahlreiche gute Jahre eines erfüllten Ruhestandes.

Gustav Kammerer

Staufer-Medaille für Roland Löhle



Roland Löhle, Oberverwaltungsrat bei der Stadt Rottenburg a.N., wurde vor kurzem mit der Staufer-Medaille des Landes Baden-Württemberg geehrt.

Oberbürgermeister Tappeser überreichte anlässlich der Verabschiedung in den Ruhe-

stand diese hohe Auszeichnung für seine herausragenden Verdienste als Kulturamtsleiter der Stadt Rottenburg und seine unermüdlchen Bemühungen um Völkerverständigung, insbesondere im Rahmen der Städtepartnerschaft mit der französischen Stadt Saint-Clod (Jura).

Kollege Löhle kam nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst 1970 zur Stadt Rottenburg und hat dort nach dem Baurechtsamt das Hauptamt und ab 1981 das Kulturamt geleitet. Daneben hat er sich in zahlreichen kulturellen, sportlichen und gemeinnützigen Verbänden und Vereinen weit über das normale Maß hinaus engagiert.

Den Verband der Verwaltungsbeamten unterstützt Roland Löhle seit über 20 Jahren als stellvertretender Kreisvorsitzender und als Kreisdelegierter in der Vertreterversammlung. Wir wünschen dem allseits geschätzten Kollegen einen langen, erfüllten Ruhestand.

Hans Reibold

Zum Tode von Werner Martin



Im Alter von 79 Jahren ist Stadtverwaltungsleiter a. D. Werner Martin aus Tuttlingen am 3. Dezember 2004 verstorben. Herr Martin war über 50 Jahre Mitglied unseres Verbandes. Er war bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben im Jahre 1990 nahezu zwei Jahrzehnte Vorsitzender des Kreisverbandes der Verwaltungsbeamten im Landkreis Tuttlingen.

Er war ein unermüdlcher Kämpfer für die Ziele und Ideale des Berufsbeamtentums sowie für eine gute und praxiserrechte Ausbildung unseres Nachwuchses.

Werner Martin begann seine Verwaltungslaufbahn 1942. Nach Krieg und Ausbildung kam er 1952 zu seiner ersten Anstellung beim Bürgermeisteramt seiner Heimatstadt. 1973 wurde ihm die Leitung des Hauptamtes der großen Kreisstadt Tuttlingen übertragen. Hier war er vor allem als Personalchef verantwortlich für über 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Auch im Ruhestand suchte und fand Werner Martin - begeisterungsfähig wie er war - im-

mer neue Herausforderungen. 1990, nur kurze Zeit nachdem er im Ruhestand war, stellte er sich als Berater in den neuen Bundesländern für den Aufbau einer demokratischen Ordnung zur Verfügung. Drei Jahre wirkte er im Bundesland Sachsen. Auch ehrenamtlich stellte er seine reiche Erfahrung und seinen Willen, sich für die örtliche Gemeinschaft einzusetzen, in mehreren Ämtern zur Verfügung.

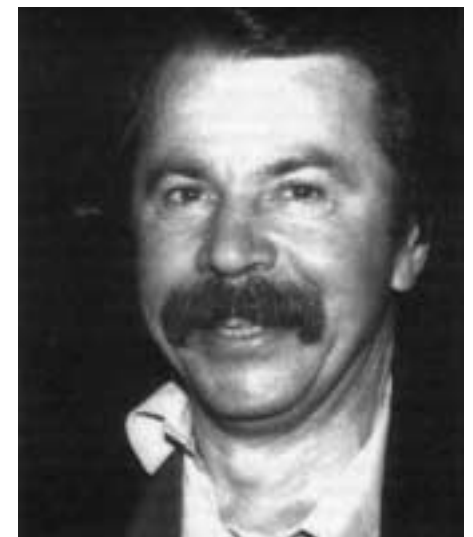
Werner Martin verfolgte als Kreisvorsitzender unseres Verbandes die Ziele unserer berufsständischen Organisation in beispielhafter Art und Weise. Für sein Wirken und seine Arbeit für unseren Verband sind wir ihm zu Dank verpflichtet. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Hermann Wolf

Josef Mayer verstorben

Oberverwaltungsrat a. D. Josef Mayer ist tot. Im Alter von 66 Jahren erlag er am 4. Januar im Kreiskrankenhaus Rottweil nach langer Krankheit einem schweren Leiden. Obwohl man wusste, dass es ihm gesundheitlich nicht gut geht, kam sein Tod doch plötzlich und unerwartet. Noch drei Tage vor seinem Tod habe ich mit ihm telefoniert, und er war zuversichtlich, dass das angewandte Verfahren bald wirken wird. Sein früher Tod hat seine ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, seine Kolleginnen und Kollegen und Freunde in Rottweil und darüber hinaus tief bewegt.

37 Jahre lang hielt er unserem Verband die Treue; nahezu keine Kreisversammlung hat er versäumt. An der Berlinfahrt im Jahre 2003 hat er noch teilgenommen.



Nach der Ausbildung zum gehobenen württembergischen Verwaltungsdienst und einer kurzen Tätigkeit bei der Stadt Villingen-Schwenningen kam Josef Mayer 1965 zur Stadtverwaltung Rottweil, wo er über 32 Jahre verschiedene verantwortungsvolle Aufgaben wahrgenommen hat. Sein Wirken bei der Stadt Rottweil war geprägt von einem hohen Engagement im kulturellen Bereich, denn Kultur war ihm stets ein Herzensanliegen. Bereits als Leiter des Hauptamtes setzte

er 19 Jahre lang über die Grenzen der Stadt hinaus Akzente auf den Gebieten der bildenden Kunst, der Musik und des Theaterlebens. Unvergessen sind die von ihm initiierten kulturellen Höhepunkte wie das Fahnenfest oder das Kofferfest, die Landeskunstwochen, die Rottweiler Musiktage und die Rottweiler Kulturtage. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Kulturarbeit wurde 1989 ein eigenständiges städtisches Kulturamt geschaffen, dessen Leitung ihm übertragen wurde. Auch als Gründungsmitglied, langjähriger Geschäftsführer, Vorstandsmitglied und zuletzt als Beisitzer für den Verein Forum Kunst Rottweil hat er sich bleibende Verdienste erworben. Nach längerer Krankheit musste er 1997 vorzeitig in den Ruhestand verabschiedet werden.

Als großer Anhänger der griechischen Lebensart zog er ihn immer wieder zu längeren Aufenthalten in sein Haus zu seinen Freunden nach Griechenland, das ihm zur zweiten Heimat geworden war. Hier lebt heute auch seine Tochter mit Familie. Mit seiner Frau Margot und den Kindern trauern auch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Kolleginnen und Kollegen des Kreisverbands Rottweil um einen liebenswerten Kollegen, der unvergessen bleiben wird. Seinem Wunsche entsprechend fand die erhebende Trauerfeier im Familien- und Freundeskreis in der Aussegnungshalle des Stadtfriedhofs Rottweil statt.

Gustav Kammerer

Gerd Motzkus neues Mitglied



Zum Jahreswechsel eine gute Nachricht: Gerd Motzkus, Redaktionsleiter beim SWR, wurde Mitglied beim VdV. Unser Vorsitzender Wolfgang Steng begrüßt ihn als neues Mitglied.

Gerd Motzkus, Ravensburger und Oberschwabe aus Überzeugung, ist gelernter Diplomverwaltungswirt und Hobbyfilmer. Seine Laufbahn beginnt in Baden-Baden beim damaligen SWF. Kurz darauf wechselt er nach Stuttgart zu den Fernsehnachrichten in die damalige Landesschau. 1987 bekommt er das Angebot, bei der gerade neu entwickelten Treffpunkt-Sendung mitzuwirken, und hier findet er seine Berufung. Als bodenständiger Redaktionsleiter lebt er Feste und Bräuche am liebsten selbst.

Hansgeorg Müller wird Ehrenbürger von Korb

Bei einem feierlichen Empfang in der Alten Kelter in Korb ist Hansgeorg Müller zum Ehrenbürger seiner Gemeinde, in der er 24 Jahre lang Bürgermeister war, ernannt worden. Am 16. Januar konnte er seinen 70. Geburtstag feiern.



Bürgermeister Jochen Müller, der neue Ehrenbürger Hansgeorg Müller und der Laudator, Altgemeinderat Adolf Heinrich (v.l.)

Im Jahr 1952 begann er als Verwaltungskandidat seine Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst. Bereits am 25. November 1953 ist er in unseren damaligen Verein der Württembergischen Verwaltungsbeamten eingetreten (Mitgliedsnummer 2416). Von 1969 bis 1993 war er Bürgermeister von Korb und ist nun der siebte Ehrenbürger der Gemeinde.

Mit der Aktion "7054 Korb muss bleiben" startete er 1972 eine Kampagne gegen die Eingemeindung nach Waiblingen. Korb blieb schließlich als selbstständige Gemeinde bestehen.

Heute ist unser stellvertretender Verbandsvorsitzender Jochen Müller Bürgermeister von Korb.

Theodor Ott ist tot

Theodor Ott, 57 Jahre alt, Bürgermeister von Bernstadt im Alb-Donau-Kreis, ist in Frankreich im Januar dieses Jahres tödlich verunglückt. Er ist in seinem Urlaubsort Montpellier unglücklich gestürzt, auch eine Notoperation konnte ihm nicht mehr helfen.

Theodor Ott war seit 1974 Bürgermeister der Albgemeinde mit ihren 2000 Einwohnern, er befand sich in seiner vierten Amtsperiode. Während langer Jahre war er unter anderem Vorsitzender des Zweckverbandes Mittleres Lonetal. Noch im Juni des vergangenen Jahres war der gebürtige Sontheimer für seine 30-jährige Amtszeit geehrt und mit der goldenen Ehrennadel des Gemeindetages ausgezeichnet worden. In seinem Heimatort stand Ott für die Erschließung neuer



Wohngebiete und Sportanlagen, für die Erweiterung der Schule und des Kindergartens und nicht zuletzt für den Bau eines neuen Friedhofes, dort wo er jetzt seine letzte Ruhe fand.

Er war ein aufrechter und ehrlicher Vertreter unseres Berufsstandes der gehobenen Verwaltungsbeamten und unseres Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg. Er ist bereits im Juni 1965, zwei Monate nach Beginn seiner Lehrzeit als Verwaltungskandidat auf dem Rathaus in Hausen an der Zaber, in den damaligen Verein der Württembergischen Verwaltungsbeamten eingetreten, dem er bis zu seinem Tode die Treue gehalten hat. Wir verlieren mit ihm einen herausragenden und guten Vertreter unseres Berufsstandes.

Wir trauern um Erwin Zepf



In den frühen Morgenstunden des Dreikönigstages ist Oberregierungsrat a.D. Erwin Zepf im 82. Lebensjahr völlig überraschend im Kreiskrankenhaus Rottweil verstorben.

Erwin Zepf war 55 Jahre lang unserem Verband als Mitglied verbunden, davon hat er über 20 Jahre als Vorsitzender des Kreisverbands Rottweil fungiert. Anlässlich seines 75.

und 80. Geburtstages haben wir ausführlich seinen beruflichen Werdegang gewürdigt.

Hier nochmals in Kürze die wesentlichen Stationen seines erfolgreichen Berufslebens. 1953 legte er erfolgreich die Prüfung für den gehobenen württembergischen Verwaltungsdienst ab. Von 1965 bis zu seiner Pensionierung 1989 war er Hauptamtsleiter und in dieser Eigenschaft auch Ausbildungsleiter beim Landratsamt Rottweil. Viele Jahre hat er im so genannten Vorkurs, später dienstzeitbegleitender Unterricht und an der Berufsschule Rottweil Anwärter des gehobenen und mittleren Verwaltungsdienstes sowie Verwaltungsfachangestellte unterrichtet.

1990 hat er nach seiner Pensionierung einen Lehrauftrag an der Fachhochschule Kehl übernommen und leitete mehr als 10 Jahre mit großem Erfolg auch ein Seminar für Wertanalyse. Viele Jahre war er Dozent an der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie. Sein besonderes "Hobby" war über viele Jahre auch die Erstellung von Gutachten in den Bereichen Organisation, Stellenbewertung und eben der Wertanalyse. Zahlreiche Abhandlungen in Fachzeitschriften waren ein Markenzeichen von ihm.

Neben seiner Familie trauert auch der Kreisverband Rottweil um seinen ehemaligen Kreisvorsitzenden. Wir danken ihm für all seine Unterstützung und Mitwirkung, insbesondere auch in der Aus- und Fortbildung von jungen Kolleginnen und Kollegen. Sie haben ihm viel zu verdanken. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Am 11. Januar wurde er unter großer Anteilnahme auf dem Stadtfriedhof in Rottweil zur letzten Ruhe geleitet. *Gustav Kammerer*

Bücher

Landesbauordnung für Baden-Württemberg

Sauter/Imig

25. Auflage, 224 Seiten, kartoniert, 16 €

Kohlhammer-Verlag, Stuttgart

Die handliche Textausgabe bietet eine aktuelle Zusammenfassung der wichtigsten Vorschriften des Bauordnungsrechts in Baden-Württemberg. Sie enthält neben der Landesbauordnung die Ausführungsverordnung sowie die Verfahrensverordnung, in der die Regelungen über Bauvorlagen und Prüfverzicht bei bautechnischen Nachweisen zusammengefasst sind. Abgedruckt sind des Weiteren die Feuerungs- und die Garagenverordnung, die Verwaltungsvorschriften über die Herstellung notwendiger Stellplätze und über Vordrucke im baurechtlichen Verfahren sowie eine Zusammenstellung der Anforderungen an die Bauvorlageberechtigung und eine Liste der unteren Baurechtsbehörden. Ergänzt wird die Sammlung durch ein umfassendes Stichwörterverzeichnis.

Seminare

Seminare 2005 des BBW

In Zusammenarbeit mit der DBB-Akademie führt der Beamtenbund Baden-Württemberg im Jahr 2005 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

◆ **Softwareschulung:** Seminar B 048/05 vom 8. bis 10. März in Königswinter-Thomasberg. In diesem Seminar wird Windows, Winword, Excel, Outlook und Powerpoint geschult. Es handelt sich hierbei um einen Grundkurs (Anfängerkurs). Dabei wird auch die praktische Anwendung an Geräten trainiert. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Personalmanagement:** Seminar B 061/05 vom 3. bis 5. April in Königswinter-Thomasberg. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Kommunikation/Rhetorik:** Seminar B 078/05 vom 13. bis 15. April in Königswinter-Thomasberg. In diesem Seminar soll u. a. die Fähigkeit frei zu reden, entwickelt und verbessert werden. Darüber hinaus werden Argumentationstechniken vermittelt. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Mobbing und Konfliktbewältigung:** Seminar B 093/05 vom 2. bis 4. Mai in Königswinter-Thomasberg. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Seniorenpolitik:** Seminar B 123/05 vom 6. bis 10. Juni in Blaichach-Gunzesried. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 160 €.

◆ **Vorbereitung auf Führungskräfteauswahlverfahren:** Seminar B 150/05 vom 4. bis 6. Juli in Königswinter-Thomasberg. Die Teilnehmer/-innen des Seminars werden in die Lage versetzt, an einem Personalauswahlverfahren, u.a. auch Assessment-Center (AC), gut vorbereitet teilzunehmen. Außerdem lernen sie die verschiedenen Instrumente, deren Aussagekraft und die Auswertungskriterien kennen und bereiten sich gezielt auf ein Auswahlverfahren vor. Psychologische und organisatorische Grundkenntnisse hierfür werden vermittelt und ihre An-

wendung in praktischer Übung erprobt. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Dienst- und Versorgungsrecht:** Seminar B 156/05 vom 10. bis 12. Juli in Königswinter-Thomasberg. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Sicher arbeiten im Internet:** Seminar B 213/05 vom 4. bis 6. Oktober in Königswinter-Thomasberg. Mit diesem Seminar sollen private Internetanwender in die Lage versetzt werden, sicher im Internet zu arbeiten. Es soll den Seminarteilnehmern aufgezeigt werden, wie sie sich u.a. vor Viren und kriminellen Angriffen schützen können. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Europapolitik:** Seminar B 218a/05 vom 10. bis 14. Oktober in Brüssel. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 260 €.

◆ **Softwareschulung:** Seminar B 250/05 vom 16. bis 18. November in Königswinter-Thomasberg. In diesem Seminar wird Windows, Winword, Excel, Outlook und Powerpoint geschult. Es handelt sich hierbei um einen Grundkurs (Anfängerkurs). Dabei wird auch die praktische Anwendung an Geräten trainiert. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

◆ **Tarifpolitik:** Seminar B 260/05 vom 27. bis 29. November in Baiersbronn. Dieses Seminar richtet sich vor allem an Kolleginnen und Kollegen, die sich für Arbeitnehmerfragen (Tarifrecht) interessieren. Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 64 €.

Für Seminare mit politischem Inhalt wird bei der Bundeszentrale für politische Bildung die Anerkennung als förderungswürdig im Sinne der Vorschriften über Sonderurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst beantragt, sodass auch Sonderurlaub nach den landesrechtlichen Vorschriften gewährt werden kann.

Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrags.

Anmeldungen über die Geschäftsstelle des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg, Panoramastr. 27, 70174 Stuttgart, Tel. 0711 2263262, Fax 0711 2263280, E-Mail: info@vdv-bw.org.

Weltfrieden

Da rätselt man: Was sind nun die Kriterien für Kriege weltweit, blinden Hass und Streit?
Dem Globus läuft das Blut aus den Arterien
(so reimte Kästner schon vor längerer Zeit).

Die Kinder dieser Erde sieht man weinen.
Und Stimmen fragen: Wo bleibt denn da Gott?
Man räsoniert und sehnt sich nach dem einen:
dass endlich Friede herrscht statt Leid und Tod.

Setzt euch zusammen, Lenker aller Staaten,
und unterzeichnet den Weltfriedenspakt,
um stets gemeinsam ruhig zu beraten!
Das wär der Menschheit allergrößter Akt.

Wenn dann die Uniformen eingemottet
(man braucht sie fürs Theater irgendwann)
und wirklich alle Waffen sind verschrottet,
dann zieht die Erde friedlich ihre Bahn.

E. Frost

Namen

Wir heißen folgende neue Mitglieder willkommen:

Oliver Bierfert, Regierungsinspektor anwärter bei der Fachhochschule Ludwigsburg
Katharina Führer, Regierungsinspektor anwärterin bei der Stadt Stutensee
Johannes Grebe, Oberamtsrat beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Heike Grupp, Regierungsinspektor anwärterin bei der Stadt Aalen
Matthias Heisler, Regierungsinspektor anwärter bei der Stadt Heidenheim
Karoline Hettich, Regierungsinspektor anwärterin bei der Gemeinde Essingen
Thorsten Hofer, Regierungsinspektor anwärter bei der Gemeinde Abstatt
Martina Jetter, Amtfrau beim Landratsamt Rottweil
Benjamin Käflein, Regierungsinspektor anwärter bei der Gemeinde Hardheim
Mirjam Lippert, Regierungsinspektor anwärterin bei der Stadt Aalen
Per Merkle, Regierungsinspektor anwärter bei der Stadt Aalen
Markus Motschenbacher, Regierungsinspektor anwärter an der Fachhochschule Ludwigsburg
Thomas Schmid, Stadtamtsrat bei der Stadt Geisingen
Susanne Schneider, Regierungsinspektor anwärterin bei der Gemeinde Steinheim am Albuch
Heidi Schwartz, Oberamtsrätin bei der Stadt Aalen
Mario Storz, Regierungsinspektor anwärter bei der Stadt Trochtelfingen
Thomas Tartaglione, Regierungsinspektor anwärter bei der Stadt Murrhardt
Susanne Winkler, Kreisamtsfrau beim Landratsamt Bodenseekreis
Timo Wolf, Regierungsinspektor anwärter bei der Stadt Güglingen
Ralf Zimmermann, Regierungsinspektor anwärter an der Fachhochschule Ludwigsburg

Ernannt und befördert wurden:

Martin Feitscher zum Gemeindeoberamtsrat an der Gemeinde Schönbuch, Kreis Böblingen
Frederic Gellert zum Regierungsrat beim Staatsministerium Baden-Württemberg
Monika Georges zur Oberamtsrätin bei der Stadt Vaihingen/Enz
Oliver Gerescher zum Oberamtsrat beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Dino Giordano zum Stadtamtmann bei der Stadt Sinsheim
Joachim Kaag zum Stadtoberamtsrat bei der Landeshauptstadt Stuttgart
Reiner Müller zum Stadtoberverwaltungsrat bei der Stadt Pforzheim
Klaus-Peter Ruf zum Kreisverwaltungsrat beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Hubert Schnurr zum Erzbischöflichen Finanzoberinspektor bei der Erzdiözese Freiburg

Herzlichen Glückwunsch!

Gewählt wurden:

Michael Hanus zum Beigeordneten der Stadt Plochingen
Dieter Krattenmacher zum Bürgermeister der Stadt Kißlegg
Werner Möhrer zum Bürgermeister der Gemeinde Löchgau - WW
 Herzlichen Glückwunsch!

In den Ruhestand traten:

Peter Allgaier, Bürgermeister der Gemeinde Salem
Berthold Beck, Regierungsamtmann beim Staatsarchiv Sigmaringen
Friedrich Belko, Leitender Direktor bei der Katholischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart
Wilhelm Benk, Verwaltungsdirektor in der Münsterklinik, Zentrum für Psychiatrie, Zwielfalten
Roland Hagen, Stadtverwaltungsleiter und Stadtkämmerer der Stadtverwaltung Tuttlingen
Jörg Harms, Oberamtsrat bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Hans Kramer, Gemeindeoberamtsrat bei der Gemeinde Möglingen
Hermann Künstle, Oberverwaltungsrat bei der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Lothar Lemke, Kreisoberamtsrat beim Landratsamt Heilbronn
Roland Löhle, Stadtoberverwaltungsrat bei der Stadt Rottenburg am Neckar
Siegfried Mager, Kreisverwaltungsleiter beim Landkreis Esslingen
Fritz Resch, Gemeindeamtsrat, Leiter des Steuer- und Liegenschaftsamts bei der Gemeinde Magstadt, Kreis Böblingen
Reinhard Schwahn, Oberamtsrat bei der Gemeinde Dettingen unter Teck
Helmut Sennock, Stadtverwaltungsleiter bei der Stadt Böblingen
Werner Waldeis, Oberamtsrat beim Oberschulamt Stuttgart

Wir wünschen den Kollegen einen gesunden und aktiven Ruhestand.

Gestorben sind:

Gerhard Bauer, Stadtamtsrat, Heidenheim
Bruno Bogenrieder, Finanzdezernent a.D., Landratsamt Tuttlingen
Alfons Deiss, Amtsrat a.D., Ulm
Eduard Kley, Verwaltungsdirektor a.D., Göppingen
Richard Lang, Oberamtsrat a.D., Stuttgart
Werner Martin, Stadtverwaltungsleiter a.D., Tuttlingen
Josef Mayer, Oberverwaltungsrat a.D., Rottweil
Theodor Ott, Bürgermeister, Bernstadt

Wolfgang Pfitzer, Amtmann, Bempflingen

Eberhard Schlichter, Amtmann a.D., Schlierbach

Heinz Siegel, Oberregierungsrat a.D., Heidelberg

Erwin Zepf, Oberverwaltungsrat a.D., Rottweil

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bücher

Buchbesprechung

Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen

Quecke/Schmid

Loseblattkommentar, Stand 2005, 2 Bände, ca. 2.900 Seiten, 96 €

Erich-Schmidt-Verlag, Berlin

Die 30. Lieferung zu diesem erfolgreichen Werk gibt Anlass zu einer Zwischenbilanz. In letzter Zeit schafften die 7 Autoren eine erhebliche Ausweitung der Kommentierung des Kommunalverfassungsrechts. Dabei ist die gründliche, praxisorientierte und gleichermaßen wissenschaftlich hoch stehende Kommentierung im Band 1 zu loben. Wünschenswert ist eine weitere zügige Bearbeitung der noch ausstehenden Paragraphen.

Seit mehr als drei Jahren hat Prof. HD Schmid den Gesamtkomplex zur kommunalen Finanzwirtschaft (Band II) umfassend erläutert. In den letzten Lieferungen hat er die vielfältigen Änderungen der Gesetzesnovelle vom 4.3.03 eingearbeitet. Dabei kommt ihm das Verdienst zu, bei unklaren Gesetzesvorgaben - so etwa zum in § 75 Abs. 5 SächsGemO geforderten Zwischenbericht - praxisgerechte Auslegungshilfen zu geben.

Bereits bei den Erläuterungen zu den allgemeinen Haushaltssatzungen (rd. 100 Seiten) wird erkennbar, dass dieser Kommentar weit über das übliche Maß hinausgeht. Hier bestechen eine Fülle von Vorschlägen zur Wirtschaftlichkeit, zum Haushaltsausgleich einschl. Haushaltssicherungskonzept sowie zum Aufbau einer sinnvollen Kosten- und Leistungsrechnung. Bei § 73 erläutert der Autor auf rd. 120 Seiten die kommunalen Einnahmebeschaffungsgrundsätze und die Einnahmestruktur der kommunalen Haushalte. Er geht intensiv auf die kostenrechnenden Einrichtungen einschl. Hilfsbetriebe (nichtwirtschaftliche Unternehmen) ein und beschreibt anschaulich die Kostenproblematik mit dem Schwerpunkt Abschreibungen und Kapitalverzinsung. In komprimierter Weise fasst er Gebührengrundsätze, Gebührenmaßstäbe und -tarife, gebührenfähige Kosten sowie die Aspekte für den Umfang der Kostendeckung und für die Gebührekalkulation (mit Beispiel) zusammen. Dabei hat er die gesamte aktuelle Rechtsprechung (mit Quellennachweis) verarbeitet. Damit ist eine in Sachsen beklagte Lücke, nämlich das

Fehlen eines KAG-Kommentars, wirkungsvoll geschlossen.

Das Haushaltswesen wird umfassend auf rd. 400 Seiten abgehandelt. Hervorzuheben ist besonders, dass Schmid die Vorschriften der KomHVO nahtlos in die Kommentierung einbezogen und so den Gesamtkomplex vollständig und praxisgerecht kommentiert. Zu Recht weist er darauf hin, dass die kommunale Finanzplanung als Steuerungsinstrument für eine längerfristige und stetige Aufgabenerfüllung aus einem Guss eingesetzt werden sollte. Auch das neue Steuerungsmodell mit Budgetierung und Produkten wird ausführlich besprochen.

Hervorragend ist auch das Schuldenwesen auf etwa 100 Seiten abgehandelt. Dankbar wird die Praxis auf die Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit von Krediten (Kreditvergleiche) und alternativen Finanzierungsmodellen zurückgreifen. Hinweise zur kritischen Prüfung von Leasingangeboten und zur Problematik der (auslaufenden) Cross-Border-Lease-Transaktionen sind ebenfalls von großer Bedeutung. Intensiv befasst sich der Autor mit den Kassenkrediten und den Möglichkeiten, Kassenengpässe sowie die Kosten zur Liquiditätsvorsorge zu minimieren. Beim Thema Bürgschaften und Gewährverträge werden viele Hinweise gegeben, wie die gemeindlichen Interessen gesichert und die Risiken begrenzt werden können. Auch das Kassenwesen und die Jahresrechnung sind vorbildlich abgehandelt - hier besticht die Integration der GemKVO.

Mehr als 130 Seiten widmet Schmid dem Vermögen und den Rücklagen. Insbesondere seine Ausführungen zur Grundstücks politik im Zusammenhang mit Erwerb und Veräußerung von Gemeindevermögen sowie die zu den Geldanlagen sind hervorragend.

Als ein Glanzstück des Kommentars ist der Teil "Unternehmen und Beteiligungen" anzusehen. Bei § 95 ist es dem Autor gelungen, konzentriert das gesamte Eigenbetriebsrecht zu kommentieren, und zwar sowohl in rechtlicher und organisatorischer als auch in betriebswirtschaftlicher und steuerrechtlicher Sicht. Dies sehen auch andere Rezensenten so (etwa Prof. Dr. Schwarting oder der VKU), die zu Recht feststellen, dass sich damit ein spezieller Kommentar zum Eigenbetriebsrecht in Sachsen erübrigt. Die neuen Vorschriften zur Beteiligung an Unternehmen in Privatrechtsform in § 96 haben die Anforderungen auf gemeindliche Steuerung und Einflussnahme ausgeweitet. Schmid beschreibt dies anschaulich und bringt zusammen mit den Erläuterungen zur gemeindlichen Vertretung in diesen Unternehmen (§ 98) wertvolle Vorschläge, wie die Gemeinde wirkungsvoll ihre Interessen durchsetzen kann. Im Zuge zunehmender Auslagerungen gemeindlicher Aufgaben auf Privatrechtsunternehmen kommt diesem Aspekt besondere Bedeutung zu. Deshalb ist es auch wichtig, dass sich der Autor mit so umstrittenen Fragen wie Weisungsrecht gegenüber den gemeindlichen Vertretern, einheitlicher Stimm-

abgabe, Rechte und Pflichten von Aufsichtsratsmitgliedern, Einflussmöglichkeiten auf Vorstand bzw. Geschäftsleitung u. a. detailliert befasst. Intensiv ist die wirtschaftliche Bestätigungen besprochen. Dabei befasst sich der Autor mit der neuen Rechtsprechung zur Ausweitung auf zusätzliche Geschäftsfelder. Das schwierige Kapitel "Energieverträge" mit dem Schwerpunkt Konzessionsverträge ist gründlich aufbereitet. Besonders hervorzuheben sind konkrete Berechnungsbeispiele zur steuer- und preisrechtlichen Zulässigkeit der Konzessionsabgabe. Ausführlich ist der Beteiligungsbericht besprochen, der durch den (neuen) § 99 in Sachsen verbindlich vorgeschrieben ist. Dabei erläutert er auch ein wirkungsvolles Beteiligungsmanagement und -controlling.

Die weitgehend neu geregelte örtliche und überörtliche Prüfung wird auf rd. 170 Seiten gründlich besprochen; dabei sind die Vorschriften der GemO wiederum mit denen der KomPrO verzahnt. Erfreulich ist, dass der Verfasser wichtige Prüfungsfeststellungen des Sächsischen Rechnungshofs und die daraus zu ziehenden Konsequenzen dargelegt hat.

Im Teil Kommunalaufsicht hat Schmid die Vorlage- und Genehmigungspflichten sowohl aus der Sicht der Rechtsaufsicht als auch der Kommunen dargestellt. Im Teil 1 schildert er bei § 62 ausführlich die Stellung, Funktion und Aufgaben des Kämmerers. Überzeugend hat er für eine umfassende Einbeziehung des Kämmerers bei allen Fragen mit finanzwirtschaftlichen Konsequenzen geworben. Dass er hier zugleich die wichtigsten Grundsätze zum Thema "Gemeinde als Steuerschuldner" mit einbezogen hat, ist ungewöhnlich, aber aus der Sicht der Praktiker willkommen.

In der Gesamtwürdigung kann ich mich den vielen lobenden Rezensionen voll anschließen. Prof. Dr. Schwarting hat dies auf den Nenner "mehr als nur ein Kommentar ..." gebracht. Es kann deshalb nicht verwundern, dass dieses Werk zunehmend von den Verwaltungs-, aber auch Zivilgerichten (OLG Leipzig, Dresden) zitiert wird. Mit fast 1.500 Seiten Kommentar zur kommunalen Finanzwirtschaft sucht dieses Buch sowohl nach Umfang als auch praxisgerechter und fachwissenschaftlicher Aufbereitung seinesgleichen. Besonders hervorzuheben sind die vielen praktischen Beispiele, die klare und deutliche Sprache und die übersichtliche Gliederung sowie die ständige Aktualisierung. Ein ausführliches Stichwörterverzeichnis erleichtert dem Leser das Auffinden der gesuchten Themen. Im Hinblick auf die weitgehende Rechtsgleichheit bietet dieses Standardwerk auch in anderen Bundesländern für die in Kernverwaltungen, Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen tätigen Kommunalpraktiker sowie für die Rechtsaufsichtsbehörden eine hervorragend geeignete Arbeitshilfe.

Kurt Leibbrandt

Erster Bürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen

Beihilfevorschriften Baden-Württemberg

Hellstern/Zimmermann

Loseblattwerk, etwa 3680 Seiten, 79 € einschl. zwei Ordnern

Richard-Boorberg-Verlag (edition moll), Stuttgart

Das Kernstück des Werkes bilden die umfangreichen Erläuterungen zur Beihilfeverordnung. Es sind aber u. a. auch die Beihilfevorschriften für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende des Landes kommentiert. Ergänzt wird das Werk durch weitere Abschnitte wie z. B. den Gebührenteil, den Rechtsprechungsteil (mit dem Abdruck von Grundsatzentscheidungen), die Unterstützungsgrundsätze oder die Vorschussrichtlinien.

Hervorzuheben ist schließlich der großzügig bemessene Anhang mit seinen zahlreichen das Beihilferecht tangierenden Regelungen und Bestimmungen.

Die 52. Ergänzungslieferung (Rechtsstand: Juli 2004) beinhaltet neben Aktualisierungen im Erläuterungsteil insbesondere die nunmehr geltende Fassung von einschlägigen Vorschriften des SGB V (gesetzliche Krankenversicherung). Das SGB V ist in letzter Zeit durch zahlreiche Gesetze geändert worden. Es sind ferner die Krebsfrüherkennungs-Richtlinien und die Richtlinien zur Empfängnisregelung und zum Schwangerschaftsabbruch auf den neuesten Stand gebracht. Berücksichtigt sind auch das auf Euro umgestellte Gebührenverzeichnis zur Hebammenhilfe-Gebührenverordnung und die Neufassung der Preisangabenverordnung.

Die vor kurzem erfolgte Änderung der Hinweise zur Durchführung der Tarifverträge über die Gewährung von Beihilfen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende des Landes vom 27. April 2004 ist eingearbeitet, ebenso die erfolgten Änderungen der Beihilfevorschriften Bund. Das Abkürzungsverzeichnis ist auf den laufenden Stand gebracht. Die Aktualisierung und Erweiterung machen das Werk noch wertvoller für die tägliche Praxis.

Versorgungsanwartschaft

Werden Sie in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten und interessiert Sie die Höhe des Versorgungsbezugs?

Fordern Sie das Formular für die Angabe Ihrer persönlichen Daten bei der Verbandsgeschäftsstelle an oder rufen Sie es im Internet unter www.vdv-bw.org ab.

Wir ermitteln Ihre voraussichtlichen Versorgungsbezüge.

Telefon 0711 2263262

Fax 0711 2263280

E-Mail: info@vdv-bw.org

Mitgliedsbeitrag 2005

Gemäß Beschluss der Vertreterversammlung am 20. September 2004 gelten 2005 folgende Jahresbeiträge:

	aktive Beamte:		Ruhestandsbeamte:	
	Nichtabbucher €	Abbucher €	Nichtabbucher €	Abbucher €
Beurlaubte	23	20		
A 1 bis A 6	37	34	A 1 bis A 8	33
A 7 bis A 8	49	46		
A 9	55	52		
A 10	59	56	A 9 bis A 10	37
A 11	69	66		
A 12	73	70	A 11 bis A 12	43
A 13	85	82	A 13	47
A 14	97	94	A 14	51
A 15	109	106	A 15	57
A 16 und höher	120	117	A 16 und höher	63

Teilzeitbeschäftigte bezahlen Beitrag entsprechend dem Prozentsatz ihrer Teilzeitbeschäftigung, mindestens jedoch 19 €.

Anwärterinnen und Anwärter sowie Kolleginnen und Kollegen, die arbeitslos sind, ihren Wehr- oder Ersatzdienst ableisten, sind beitragsfrei.

Die Verbandsgeschäftsstelle • Panoramastraße 27 • 70174 Stuttgart
Telefon 0711 2263262 • Telefax 0711 2263280 • E-Mail: info@vdv-bw.org

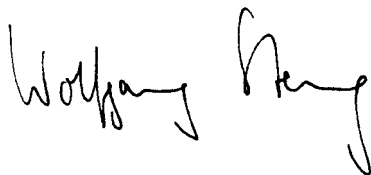
Zum Mitgliedsbeitrag 2005

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Tagen wurde Ihr Mitgliedsbeitrag abgebucht. Bitte bedenken Sie, dass ohne diese finanzielle Zuwendung (als Werbungskosten bei der Steuer abzugsfähig) keine Verbandsarbeit betrieben werden kann. Bitte bedenken Sie, dass wir keine zwölf Monatsbeiträge, sondern einen Jahresbeitrag erheben. Auch wenn wir eine Beitragsanpassung vornehmen mussten, so sind unsere Mitgliedsbeiträge im Vergleich zu Gewerkschaften oder anderen Berufsverbänden und Organisationen immer noch relativ niedrig.

Der Vorstand dankt Ihnen für die geleisteten Beiträge. Bitte prüfen Sie anhand der abgedruckten Beitragsordnung, ob die Geschäftsstelle die Abbuchung entsprechend vorgenommen hat. Sollten sich Unstimmigkeiten ergeben haben, so wenden Sie sich bitte direkt an den Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch. Eine möglichst aktuelle Mitgliederliste ist im Interesse von uns allen für eine erfolgreiche Verbandsarbeit wichtig. Vielen Dank!

Mit herzlichen Grüßen



Wolfgang Steng, Verbandsvorsitzender

Sie erreichen Kollegen Harald Gentsch telefonisch unter 0711 2263262, per Fax unter 0711 2263280 oder per E-Mail unter info@vdv-bw.org.